



Tagungsband

Auftaktkonferenz
Förderperiode 2007 - 2013
06. Dezember 2007

ELER
Europäischer Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des ländlichen Raums



SACHSEN-ANHALT



Europäische Kommission
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung
des ländlichen Raums
HIER INVESTIERT EUROPA IN DIE LÄNDLICHEN GEBIETE

IMPRESSIONEN	2
GRUSSWORT	
Petra Wernicke, Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt	4
REFERATE	
1. Die europäische Strategie der ländlichen Entwicklung 2007 - 2013 und deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten	
Dr. Antonis Constantinou, Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	9
2. Die Steuerungsinstrumente des Bundes für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung	
Wolfgang Reimer, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	19
3. Schwerpunkte der Entwicklung des ländlichen Raums in Sachsen-Anhalt 2007 - 2013	
Dr. Hermann Onko Aeikens, Staatssekretär für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt	22
4. Forschung für eine nachhaltige ländliche Entwicklung	
Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Kirschke, Humboldt-Universität Berlin	24
5. Die Landwirtschaft und ihre Entwicklungspotenziale für den ländlichen Raum	
Carl-Albrecht Bartmer, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG)	29
6. Natur- und Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum	
Dr. Klaus George, Geschäftsführer des Regionalverbandes Harz	33
IMPRESSIONEN	38



Europa setzt sein Engagement für den ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt fort. In der neuen Förderphase 2007 - 2013 stellt die Europäische Union aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) insgesamt 817,5 Mio. Euro für unser Land zur Verfügung und unterstützt damit vorrangig solche Vorhaben, die zum Wirtschaftswachstum beitragen, die Beschäftigungssituation verbessern und nachhaltig ausgerichtet sind.



Unter der Schirmherrschaft von Landwirtschafts- und Umweltministerin Petra Wernicke und organisiert von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bot die Auftaktkonferenz für den ELER am 06.12.2007 ein informatives Programm mit namhaften Referenten des Landes Sachsen-Anhalt, des Bundes sowie Vertretern der Generaldirektion AGRI. Etwa 240 Repräsentanten der Wirtschafts- und Sozialpartner und der Ressorts, Landtagsabgeordnete, Vertreter der nachgeordneten Stellen, der Landkreise und Kommunen sowie auch zahlreiche Unternehmen aus der ländlichen Wirtschaft informierten sich über die im Entwicklungsprogramm gesetzten Schwerpunkte für den ländlichen Raum in der Förderperiode 2007 - 2013.



Auf den folgenden Seiten finden Sie das Grußwort der Ministerin sowie die während der Konferenz gehaltenen Referate bzw. Präsentationen, sofern die Referenten sie zur Verfügung gestellt haben.

AUFTAKTKONFERENZ DES ELER IN SACHSEN-ANHALT 2007 - 2013

GRUSSWORT VON FRAU MINISTERIN WERNICKE ZUR AUFTAKTKONFERENZ AM 06.12.2007 IN MAGDEBURG

Es gilt das gesprochene Wort



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie recht herzlich zu unserer heutigen Auftaktkonferenz zur Umsetzung der EPLR. Ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich erschienen sind.

Es zeigt, dass die Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums als Teil der gemeinsamen Agrarpolitik zunehmend an Bedeutung gewinnt. Und das nicht nur auf europäischer, sondern auch auf regionaler Ebene.

Und es zeigt natürlich auch Ihr Interesse an diesem Thema.

Wir haben einen lang ersehnten und erfreulichen Anlass für diese Konferenz.

Am 20. November 2007 wurde das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum des Landes Sachsen-Anhalt für die Förderperiode 2007 bis 2013 durch den Ausschuss für ländliche Entwicklung in Brüssel genehmigt.

Das offizielle Schreiben der EU-Kommissarin wird uns in den nächsten Tagen erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte die Konferenz zum Anlass nehmen, den Weg, den wir gemeinsam bis heute gegangen sind, ein wenig in Erinnerung zu rufen.

Noch bis Ende der neunziger Jahre wurden auf europäischer Ebene vorrangig die Strukturprobleme im Agrarsektor behandelt.

Seit der Agenda 2000 hat sich die ländliche Entwicklungspolitik jedoch zu der so genannten zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik entwickelt.

Damit wird einer zunehmend multifunktionalen Rolle der Landwirtschaft und den mit ihr verbundenen Herausforderungen, in einem weiter gefassten Kontext des ländlichen Raums, Rechnung getragen.

Wir haben es hier also mit einem relativ jungen Politikbereich zu tun. Wir sind quasi noch in einem Lernprozess.

Mit „wir“ meine ich nicht allein die Politiker, sondern auch weite Teile unserer Gesellschaft.

Vor allem müssen wir lernen, dass die moderne ländliche Entwicklungspolitik von einem territorialen Politikansatz ausgeht.

Wie sind wir in Sachsen-Anhalt an diese Aufgabe herangegangen?

Für die Förderperiode 2007 bis 2013 haben wir das gesamte Land außer den Verdichtungsräumen der Städte Halle und Magdeburg als den „ländlichen Raum“ definiert.

Das sind 90 % der Landfläche, und in diesen ländlichen Gebieten leben 80 % unserer Bevölkerung.

Der ländliche Raum ist aber nicht nur Lebensraum, er ist gleichzeitig Wirtschafts-, Natur- und Erholungsraum.

Vielfältig sind die Anforderungen, die wir an die ländlichen Gebiete stellen, denken Sie nur an

- die Erzeugung von hochwertigen land- und forstwirtschaftlichen Produkten,
- die Erhaltung und Pflege ländlicher Kulturlandschaften,
- die Schaffung und Erhaltung gesunder Umweltbedingungen,
- die Pflege und Gestaltung von Erholungslandschaften und
- die Bereitstellung von Standorten für flächenintensive Gewerbe- und Industriebetriebe sowie für Infrastrukturprojekte.

Mit der Entwicklung der ländlichen Gebiete wird die Lebensqualität – und damit das Wohlergehen – der Menschen in allen Regionen unseres Landes beeinflusst.

Wir können es uns per se gar nicht leisten, die Entwicklungspolitik unseres Landes auf die Städte zu konzentrieren. Unsere Entwicklungspotenziale liegen überwiegend in den ländlichen Gebieten. Die Herausforderung für das Politikkonzept der nächsten Jahre besteht meines Erachtens in der Ausschöpfung dieser Potenziale.

Natürlich sind die Städte von enormer Bedeutung für die ländlichen Gebiete. Ein Großteil der ländlichen Gebiete umgibt schließlich den städtischen Raum. Daraus leiten sich vielfältige Möglichkeiten für Stadt-Land-Beziehungen ab, die auf keinen Fall vernachlässigt werden dürfen.

Die Probleme der ländlichen Gebiete sind hinlänglich bekannt und betreffen nicht nur Sachsen-Anhalt. Wir haben auf verschiedenen Konferenzen darüber gesprochen.

Wir sollten lernen mit diesen Problemen umzugehen. Die Politik für ländliche Räume soll vor allem zum Wohle der jetzigen und zukünftigen ländlichen Bevölkerung vorangebracht werden.

Wir werden die Menschen, die abgewandert sind, kaum zurückholen können. Doch wir können die Voraussetzungen dafür schaffen, dass zum Beispiel junge Menschen nach ihrer Ausbildung in unserem Land bleiben, weil sie ein optimales Arbeits- und Lebensumfeld vorfinden.

Wir werden auch den Alterungsprozess nicht aufhalten – so schön das für jeden Einzelnen von uns wäre. Die Lebenserwartung von heute ist um 30 Jahre höher als vor 100 Jahren.

Wir werden es uns in naher Zukunft nicht mehr leisten können, die „50-Plus“-Generation zum alten Eisen zu zählen – sie wird mit all ihren Erfahrungen die „Best-Age“-Generation sein.

„Nimm die Erfahrung und die Urteilskraft der Menschen über fünfzig heraus aus der Welt, und es wird nicht genug übrigbleiben, um ihren Bestand zu sichern.“ – hat Henry Ford (1863-1947) einst gesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir müssen in der ländlichen Entwicklungspolitik lernen, vom sektoralen zum sektorübergreifenden Denken und Handeln überzugehen. Das ist leichter gesagt als getan.

Sowohl die öffentliche Verwaltung als auch die Nichtregierungsorganisationen sind sektoral und hierarchisch-vertikal organisiert. Eine horizontale Koordination ist jedoch Grund-

voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik in den ländlichen Räumen.

Die Mechanismen dafür existieren heute längst noch nicht überall und im ausreichenden Maße. Sie müssen aktiv entwickelt werden.

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat den Planungsprozess der EU-Programme für den EFRE, den ESF und den ELER in horizontaler Koordination der Ressorts eingeleitet.

Unter der Koordination der Staatskanzlei wurden in enger Abstimmung zwischen den Ressorts 2005 die sozio-ökonomische Analyse und die Landesstrategie für den Einsatz der EU-Fonds in der Förderperiode 2007 bis 2013 erstellt.

Ressort- und fondsübergreifend wurden die Ziele für den Einsatz der EU-Fonds unter Berücksichtigung der gemeinschaftlichen Ziele aufgestellt.

In den Mittelpunkt wurden dabei die Erhöhung des Wirtschaftswachstums und die Verbesserung der Beschäftigungssituation gestellt.

Damit will Sachsen-Anhalt der erneuerten Lissabon-Strategie Geltung verschaffen ohne dabei weitere Ziele, wie den Schutz von Natur und Umwelt und die Geschlechtergleichstellung zu vernachlässigen. An diesen Zielen soll sich der Einsatz der EU-Fondsmittel 2007 bis 2013 vorrangig orientieren.

Um zu prüfen, welche Fördermaßnahmen diesen Zielen in besonderem Maße Rechnung tragen, wurden alle existierenden und geplanten Fördermaßnahmen in Sachsen-Anhalt einer Scoring-Analyse unterzogen.

Hierfür wurde ein externer Gutachter bestellt, der mit Hilfe eines makroökonomischen Modells die Wirkungsrichtungen der Maßnahmen untersucht hat.

Im Ergebnis der Untersuchung sind letztlich nur die Fördermaßnahmen in die EU-Programme aufgenommen worden, die die zuvor genannten Ziele ausreichend unterstützen.

Die Beteiligten werden mir zustimmen – das war keineswegs so leicht, wie das jetzt hier klingt.

Erfolgreiche Entwicklungspolitik umfasst weit mehr als die finanzielle Förderung – auch das dürfte allen hier im Saal klar sein. Speziell für den Politikbereich der Entwicklung des ländlichen Raums haben wir im April 2005 die „Allianz ländlicher Raum“

gegründet. Ziel dieser Allianz ist es, die Politik des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums unter Berücksichtigung eines sektorübergreifenden Ansatzes – und über die finanzielle Förderung hinaus – zu beraten.

In der Allianz arbeiten nicht nur die zuständigen Ressorts der Landesregierung, sondern auch

- die kommunalen Spitzenverbände,
- die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern,
- die wissenschaftlichen Einrichtungen sowie
- die Wirtschafts- und Sozialpartner für den ländlichen Raum zusammen.

Eine Reihe dieser Partner sitzt heute hier im Raum.

Anfang 2006 hatte die „Allianz ländlicher Raum“ Leitlinien erarbeitet, die

- sowohl in die Landesstrategie für den Einsatz der EU-Fonds in der Förderperiode 2007 bis 2013
- als auch letztlich in die Strategie des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013 eingeflossen sind.

Damit war die Arbeit der Allianz jedoch nicht beendet, sie wird weitergeführt. Die Allianz war ein wichtiger Partner im Programmplanungsprozess und wird es auch bei der Programmbegleitung in den nächsten Jahren bleiben.

Dieser Teil der Programmplanung war – wenn Sie so wollen – die Kür. Wir sind über das hinausgegangen, was die ELER-Verordnung vorschreibt.

Die Verordnung sieht lediglich die Beteiligung aller Partner an den verschiedenen Stufen der Programmausarbeitung vor. Das haben wir selbstverständlich getan.

Ich will an dieser Stelle nur erwähnen,

- dass der Programmentwurf stets im Internet verfügbar war und
- es neben zwei Informationsveranstaltungen mit allen Partnern auch diverse Verbandsanhörungen zu spezifischen Fördermaßnahmen gab.

Der Landtag bzw. die Landtagsausschüsse wurden ebenfalls regelmäßig über den Fortgang der Planungen unterrichtet.

Soweit zum Planungsprozess im Land.

Bekanntlich läuft die Erstellung der Rechtsgrundlagen für die Förderung in der EU in mehreren Schritten ab. Sie begann bereits mit der Erarbeitung der EU-Verordnungen.

Im Juli 2004 legte die Europäische Kommission den Entwurf der ELER-Verordnung vor.

Über ein Jahr dauerten die Verhandlungen im Rat an – bis dann im September 2005 die Verordnung in Kraft trat.

Die Verhandlungen zur Durchführungsverordnung wurden erst im Dezember 2006 zum Abschluss gebracht, also nur wenige Tage vor dem Beginn der neuen Programmperiode.

Hinzu kam, dass der Planungsprozess nunmehr auf drei Ebenen aufbaut, und wenn Sie die Zeitangaben hören, wird deutlich, dass die Planungen in starkem Maße parallel laufen mussten, sonst wäre es nicht zu schaffen gewesen.

Auf der europäischen Ebene waren Strategische Leitlinien von der Europäischen Kommission aufzustellen. Diese wurden im Februar 2006 beschlossen.

Danach war auf deren Grundlage ein Nationaler Strategieplan für die Entwicklung des ländlichen Raums in Deutschland zu erstellen.

Für Deutschland als einem föderalistischen Mitgliedstaat der EU war die Erstellung weitaus aufwendiger als für einen zentralistischen Staat wie z. B. Frankreich.

Der Nationale Strategieplan wurde dann im November 2006 von der Europäischen Kommission angenommen.

Erstmalig wurde die Möglichkeit geschaffen, eine Nationale Rahmenregelung für den ländlichen Raum zu erstellen. Diese enthält die gemeinsamen Bestandteile der Länderprogramme.

Damit wurde insbesondere dem deutschen Bedarf nach einer gesonderten Genehmigung der Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz Rechnung getragen.

Die Maßnahmen der GAK, die über den ELER kofinanzierungsfähig sind, sind in der deutschen Rahmenregelung zusammengefasst.

Der Vorteil dieser Rahmenregelung besteht darin, dass die darin enthaltenen Maßnahmen nicht noch einmal in den Länderprogrammen geprüft und genehmigt werden müssen, sofern die Rahmenregelung Eins zu Eins umgesetzt wird. Das bringt auch Erleichterung für künftige Änderungen der Gemeinschaftsaufgabe und Anpassungen der Länderprogramme.

Die Nationale Rahmenregelung wurde zusammen mit den ersten deutschen Programmen im Juli dieses Jahres von der Europäischen Kommission genehmigt.

Seitdem haben wir Planungssicherheit für die unter die Rahmenregelung fallenden Maßnahmen unseres Entwicklungsprogramms.

Die dritte Planungsebene – die regionale Ebene – beinhaltet schließlich die Entwicklungsprogramme der Länder.

Sachsen-Anhalt hat sein Programm am 9. Februar dieses Jahres von der Europäischen Kommission notifiziert bekommen. Damit war es zur Prüfung angenommen.

Vor zwei Wochen, mehr als neun Monate nach der Einreichung, hat der zuständige Ausschuss dem Programm zugestimmt.

Die neun Monate waren geprägt von intensiven Verhandlungen mit formellem und informellem Charakter.

Insgesamt hatten wir 120 Fragen schriftlich zu beantworten. Das Programm wurde in der Zeit viermal revidiert, zuletzt am 16. November 2007. Schließlich hat der Ausschuss für ländliche Entwicklung am 20. November 2007 dem Programm zugestimmt.

Während der Verhandlungen und in den Gesprächen mit den Vertretern der Europäischen Kommission wurde deutlich, dass die Öffnung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für den ländlichen Raum eine Reihe von Abgrenzungsproblemen aufwarf.

Wenn man neue Wege gehen will, dann dauert es eben manchmal etwa länger, bis alle erkannt haben, wo die Reise hingehen soll. Ich möchte Ihnen einige Beispiele geben.

Wie Sie wissen, stellt Sachsen-Anhalt im Rahmen der Sicherung der Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung Mittel für Investitionen in Schulen bereit.

Obwohl beabsichtigt war, nur Schulen in Dörfern bis zu 10.000 Einwohnern zu fördern, verlangte die Kommission nach weiteren Abgrenzungskriterien für ländliche Schulen, die nur den Grundbedarf decken. Letztendlich haben wir uns geeinigt, dass lediglich Grund- und Sekundarschulen, so genannte Regelschulen, jedoch keine Gymnasien, mit einer Schülerzahl von bis zu 350 Schülern über den ELER unterstützt werden können.

Über den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung sind alle anderen Schulbaumaßnahmen machbar. So nehmen der ELER und der EFRE gemeinsam ihre Verantwortung für den ländlichen und städtischen Raum wahr.

Im Rahmen des Programmplanungsprozesses haben wir auch lange und intensiv über den Hochwasserschutz diskutiert – zuerst im Land und dann in Brüssel.

Im Land selbst waren wir uns einig, dass insbesondere vor dem Hintergrund des Sommerhochwassers 2002 und der regelmäßigen „kleineren“ Frühjahrs- und Herbsthochwasser umfassende vorbeugende Maßnahmen im Rahmen der Hochwasserschutzkonzeption des Landes umgesetzt werden müssen.

Allein in der Landwirtschaft betrug der Schaden im Jahr 2002 fast 80 Millionen Euro. Für einen nachhaltigen Hochwasserschutz sollen daher erhebliche Mittel – sowohl aus dem EFRE als auch aus dem ELER – bereitgestellt werden.

Für die Mitfinanzierung durch den EFRE gab es verordnungseitig keine Begrenzung, jedoch für die durch den ELER.

Hier ist die Mitfinanzierung auf den „Wiederaufbau von durch Naturkatastrophen geschädigtem landwirtschaftlichen Produktionspotenzial sowie geeignete vorbeugende Aktionen“ begrenzt.

Um diesen Passus drehte sich die Diskussion mit der Europäischen Kommission. In zahlreichen Abstimmungsgesprächen wurde schließlich ein Kompromiss gefunden.

Danach sind von der ELER-Mitfinanzierung Vorhaben in den Städten Magdeburg und Halle sowie Vorhaben, die dem direkten Schutz von Ortslagen mit mehr als 7.500 Einwohnern dienen, ausgenommen.

Letzteres ist dann der Fall, wenn ein derartiger Ort weniger als 1 km vom Deich entfernt liegt. Dann werden Maßnahmen in der Länge der bebauten Ortslage nicht gefördert.

Dies ist auch dann der Fall, wenn durch die Maßnahmen auch landwirtschaftliche Flächen zwischen Hochwasserschutzanlage und Ort geschützt werden.

Große Anstrengungen haben auch die Verhandlungen zu den revolvingierenden Darlehensfonds gekostet.

Ziel des Landes ist es, von den verlorenen Zuschüssen zu mehr Darlehensförderungen zu kommen und die Rückflüsse wieder dem revolvingierenden Fonds zufließen zu lassen.

Der Vorteil liegt darin, dass die Rückflüsse im Sinne einer nachhaltigen Förderpolitik auch nach der Förderperiode erneut für die Förderung von Vorhaben eingesetzt werden können. Damit machen wir uns ein Stück unabhängiger von zukünftigen EU-Mittel-Zuweisungen.

Im EFRE-Programm gab es keinerlei Probleme, diese Fonds für Fördermaßnahmen der mittelständischen Wirtschaft zu installieren. Hier lagen auch schon Erfahrungen aus der vorangegangenen Förderperiode vor.

Für den ELER ist es hingegen ein neues Förderinstrument, für das es stringente Vorgaben gibt. Zudem sind wir das erste Bundesland, das ein solches Finanzierungsinstrument für die Landwirtschaft eingerichtet hat (wir stehen ja auch früher auf).

Die Darlehen sollen an landwirtschaftliche Betriebe für innovative Investitionen mit deutlichen Struktur- und Rationalisierungseffekten in der Frühphase oder zur betrieblichen Weiterentwicklung ausgegeben werden.

In enger Zusammenarbeit mit der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt haben wir schließlich die Anforderungen an ein derartiges Finanzierungsinstrument beschreiben können und ab 2008 auch umsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

was lange währt wird endlich gut – wir haben mit dem EPLR die Schwerpunkte und Maßnahmen für die Förderphase 2007 - 2013 festgelegt, die Ihnen Herr Staatssekretär Dr. Aeikens gleich noch näher erläutern wird.

Wie wird es nun weitergehen?

Mit der offiziellen Genehmigung des Programms werden wir die Hälfte des Vorschusses, das sind 3,5 % des Gesamtfinanzansatzes, von der Kommission erhalten. Die zweite Hälfte des Vorschusses wird dann 2008 bereitgestellt. Zudem können wir jetzt Zahlungsanträge in Brüssel vorlegen.

Wir müssen ja in dieser Förderphase auch die „Altverpflichtungen“ aus den mehrjährigen Maßnahmen der vorangegangenen Förderphase noch bedienen. Diese Zahlungen für bestimmte Agrarumweltmaßnahmen sind durch das Land erfolgt bzw. werden gerade unmittelbar vorbereitet, da können wir dann die EU-Anteile gleich abrufen.

Neue Bewilligungen sind bisher nur unter dem Vorbehalt der

Genehmigung des Entwicklungsprogramms ausgesprochen worden, beziehungsweise wurden lediglich Genehmigungen zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt.

Dies erfolgte mit Augenmaß, da es nicht auszuschließen war, dass Maßnahmen oder Richtlinien noch nachgebessert werden mussten und für die Antragsteller das Risiko der Anpassung des Vorhabens bestand.

Nunmehr, mit Vorliegen der Programmgenehmigung, können wir mit Bewilligungen und Zahlungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel „ganz normal“ fortfahren.

Kritisch betrachtet, kann man sagen, dass nunmehr nach fast einem Jahr nach dem offiziellen Beginn der neuen EU-Förderperiode der tatsächliche Beginn liegt.

Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Teilweise habe ich sie anklingen lassen.

Lassen Sie uns aber nicht weiter zurückblicken. Schauen wir nach vorn!

Vor uns liegt die Chance, Sachsen-Anhalt und seinen ländlichen Raum noch attraktiver zu gestalten.

Das Entwicklungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt, seine Entstehung und Genehmigung ist ein Feld, das von Vielen bestellt wurde.

Ich möchte die Gelegenheit heute auch nutzen, mich bei allen Beteiligten herzlich zu bedanken:

- bei den Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartnern für Ihre konstruktive Beteiligung am Planungsprozess,
- bei den Kolleginnen und Kollegen in den Ressorts, insbesondere in der Staatskanzlei, im Finanzministerium, Kultusministerium und im Ministerium für Gesundheit und Soziales für die Kompromissbereitschaft im Abstimmungsprozess,
- bei den Kolleginnen und Kollegen von der Generaldirektion Landwirtschaft, insbesondere bei Frau Kagel, für Ihre Kooperation,
- bei den Kolleginnen und Kollegen in meinem Hause
- und nicht zuletzt bei den Kolleginnen der Investitionsbank, die die Voraussetzungen für das Gelingen der heutigen Veranstaltung geschaffen haben,

Ich wünsche uns allen einen schöpferischen Austausch von Meinungen und Ideen nicht nur für diesen Tag, sondern für das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums in Sachsen-Anhalt.

DIE EUROPÄISCHE STRATEGIE DER LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG 2007 - 2013 UND DEREN UMSETZUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN

DR. ANTONIS CONSTANTINOU

Europäische Kommission, Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
Direktor für Ländliche Entwicklung

Inhalt

- Übersicht: Von der Agrarstrukturpolitik zur integrierten Entwicklung des ländlichen Raums
- Bedeutung und Vorteile der Politik der ländlichen Entwicklung
- Rahmen der ländlichen Entwicklung 2007 - 2013
- Stand des Programmenehmigungsprozesses
- Analyse der geplanten Programmausgaben nach Achsen
- Dotierung der einzelnen Maßnahmen
- Programmanalyse: Neue (und alte) Herausforderungen
- Finanzielle Aspekte der deutschen Programme
- Spezifika Sachsen-Anhalts
- Ländliche Entwicklungspolitik – Wie geht es weiter?
- Schlussfolgerungen

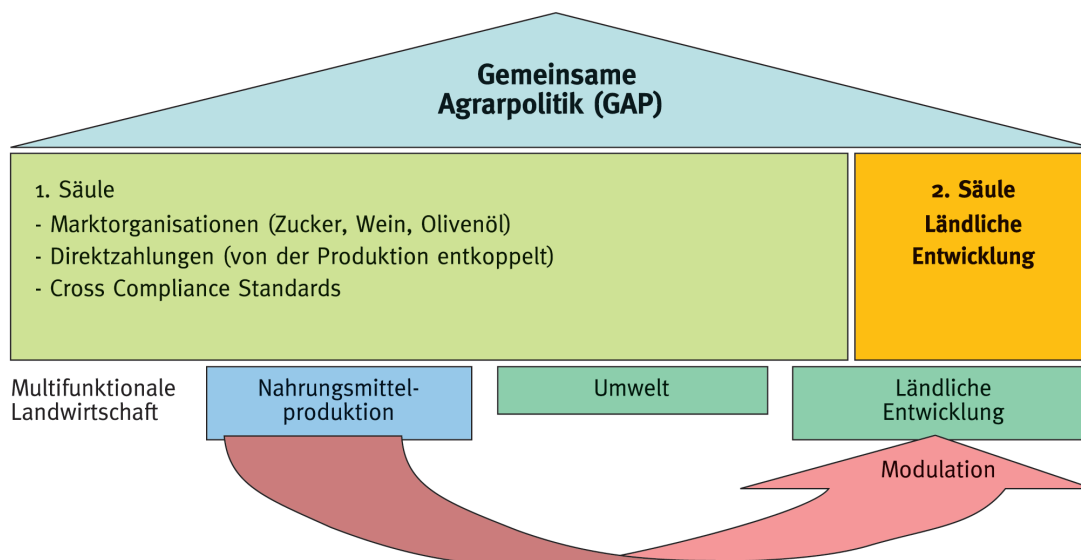
1. ÜBERSICHT (1): VON DER AGRARSTRUKTURPOLITIK ZUR INTEGRIERTEN ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Politikbereich geprägt durch: schneller Wechsel, ständige Weiterentwicklung

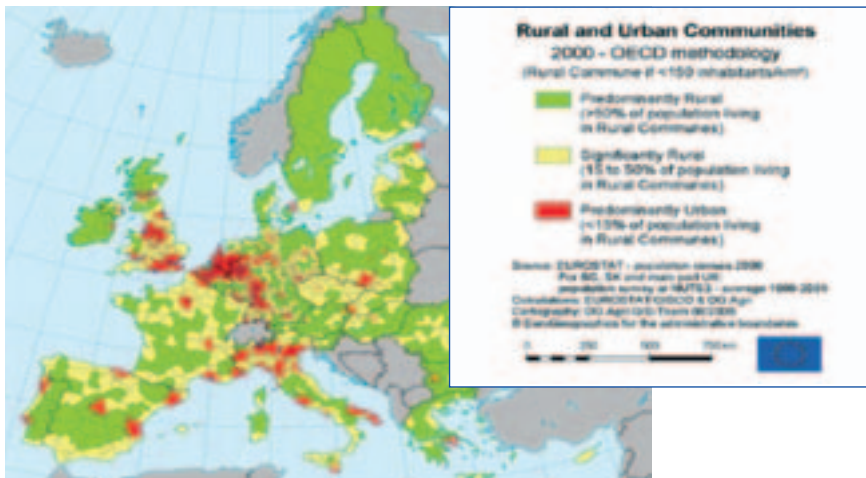
- 1992 Flankierende Maßnahmen im Rahmen der GAP-Reform
- 1996 Vitalität ländlicher Regionen als zentrales Thema
- 1999 Agenda 2000: Ländliche Entwicklung wird zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik
- ab 2003 Weiterentwicklung des Politikbereichs:
 - Klare Ziele und Schwerpunkte für die ländliche Entwicklung (Achsenkonzept)
 - Territoriale und sektorübergreifende Aspekte
 - Mainstreaming von LEADER

Wie geht es weiter? Mehr Integration? Neue Herausforderungen?

ÜBERSICHT (2): MODULATION UND CROSS COMPLIANCE – DAS EU-LANDWIRTSCHAFTSMODELL SEIT 2003



2. BEDEUTUNG UND VORTEILE DER POLITIK DER LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG



Überwiegend ländliche und ländlich geprägte Gebiete:

- 92 % der EU-Fläche
- 53 % der Beschäftigung
- Trotz Divergenz, gemeinsame Strukturschwächen

- Kofinanzierung: mobilisiert zusätzliche Finanzmittel
- Stärkere Zielorientierung auf der Basis einer strategischen Analyse auf nationaler und regionaler Ebene
- Partnerschaft zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und Regionen
 - Bessere Abstimmung auf nationale und regionale Erfordernisse
 - Bessere Nutzung der endogenen Potenziale
- Antwortet besser auf die Erwartungen von Konsumenten und Gesellschaft – der Landwirt als Partner der Gesellschaft
 - Lebensmittelsicherheit und -qualität
 - Umwelt; Erhalt der natürlichen Ressourcen; Erhalt von traditionellen Landschaften und Gebieten mit hohem Naturwert
 - Ökologischer Landbau und Tierschutz
- Kompatibilität mit den WTO Regeln
 - Green Box-Kompatibilität: keine Reduktion der Zahlungen notwendig
 - Ländliche Entwicklung ist weltweites Thema

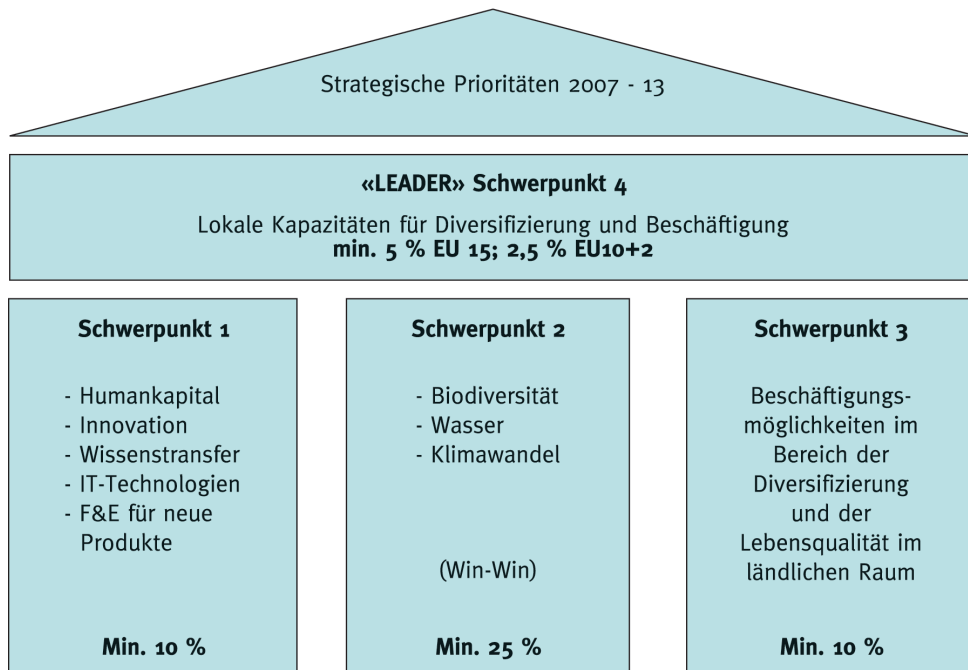
3. RAHMEN DER LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG 2007 - 2013

Strategische Leitlinien der Gemeinschaft und Nationale Strategiepläne: Mehrwert und Wirkungseffekte maximieren.

Nationale oder regionale Programme (Entscheidung der Mitgliedstaaten): Strategie umsetzen; Synergien und Komplementaritäten sichern; Gewinn-Gewinn-Situationen schaffen; Endogenes Entwicklungspotenzial ausnutzen; Akteure vor Ort einbeziehen und verstärken.

Gemeinsamer Rahmen für Begleitung und Bewertung: quantifizierte Ziele erreicht? Mehrwert auf EU-Ebene.

Strategischer Ansatz und gemeinsamer Bewertungsrahmen sollen die faktischen Grundlagen für die zukünftige Legitimierung dieses Politikbereiches liefern.

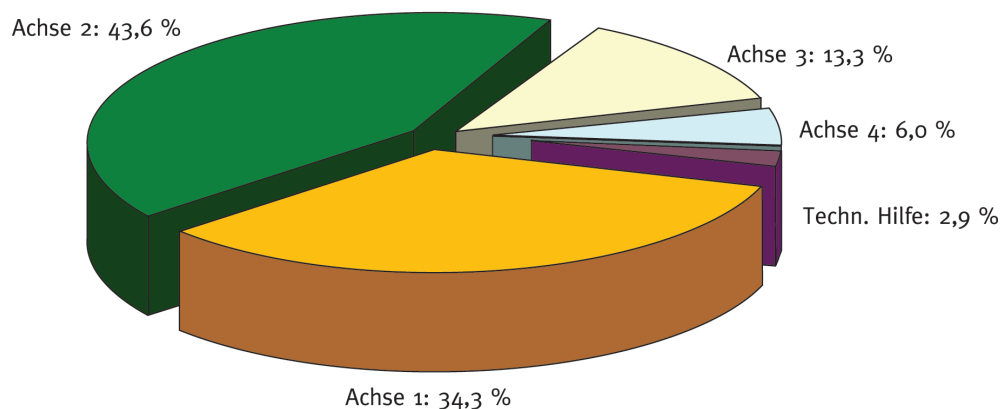


4. STAND DES PROGRAMMGENEHMIGUNGSPROZESSES

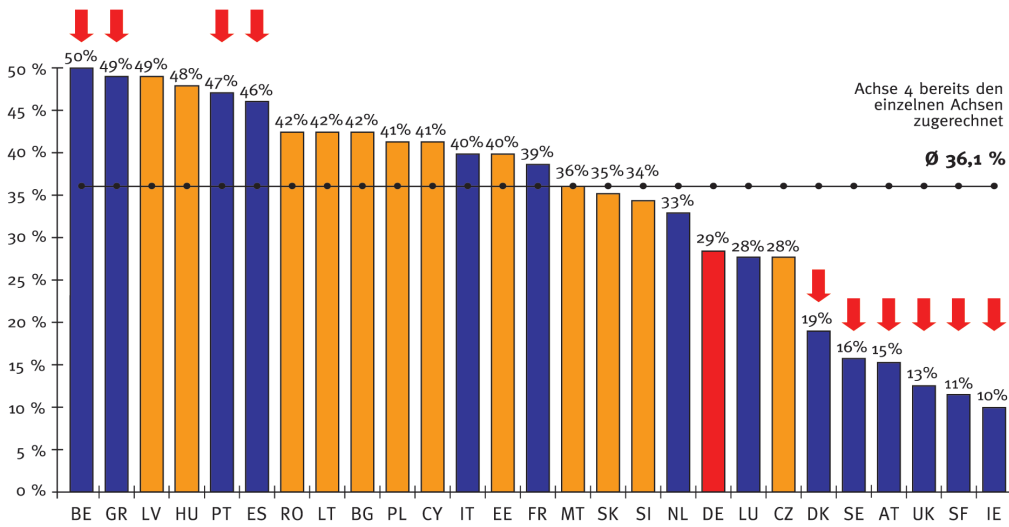
- Alle 27 nationalen Strategiepläne wurden vorgelegt
- Insgesamt 88 nationale oder regionale Programme, 2 Rahmenregelungen (DE, ES) und 2 Netzwerkprogramme vorgelegt
- Erfolgreiche Abstimmungen im Ausschuss (bis Ende November): 54, darunter alle regionalen Programme Deutschlands (Netzwerkprogramm noch ausständig)

5. ANALYSE DER PROGRAMMAUSGABEN

Alle vorgelegten Programme: Verteilung nach Achsen

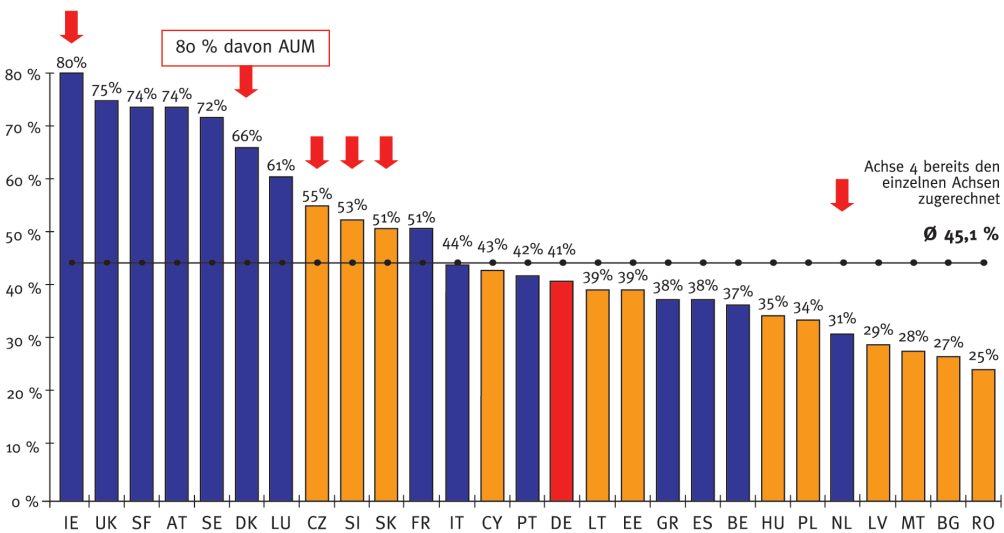


5. ANALYSE DER PROGRAMMAUSGABEN, Anteil der Maßnahmen der Achse 1 am Programmvolumen



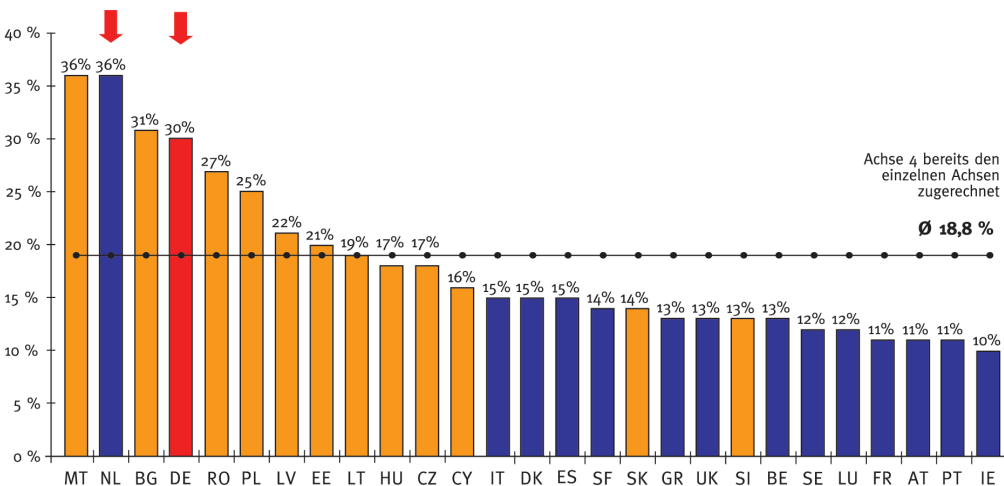
Alte MS
Neue MS
Deutschland

5. ANALYSE DER PROGRAMMAUSGABEN, Anteil der Maßnahmen der Achse 2 am Programmvolumen



Alte MS
Neue MS
Deutschland

5. ANALYSE DER PROGRAMMAUSGABEN, Anteil der Maßnahmen der Achse 3 am Programmvolumen



Alte MS
Neue MS
Deutschland

6. DOTIERUNG DER MASSNAHMEN

Schwerpunkt 1

- Hauptmaßnahmen:
- 121 Modernisierung lw. Betriebe – 9,1 Mia. EUR
 - 123 Erhöhung der Wertschöpfung – 5,3 Mia. EUR
 - 125 Infrastruktur im Zsg. mit LW und FW – 5,1 Mia. EUR
 - Diese 3 Maßnahmen absorbieren 63 % der für den Schwerpunkt 1 programmierten ELER-Mittel.

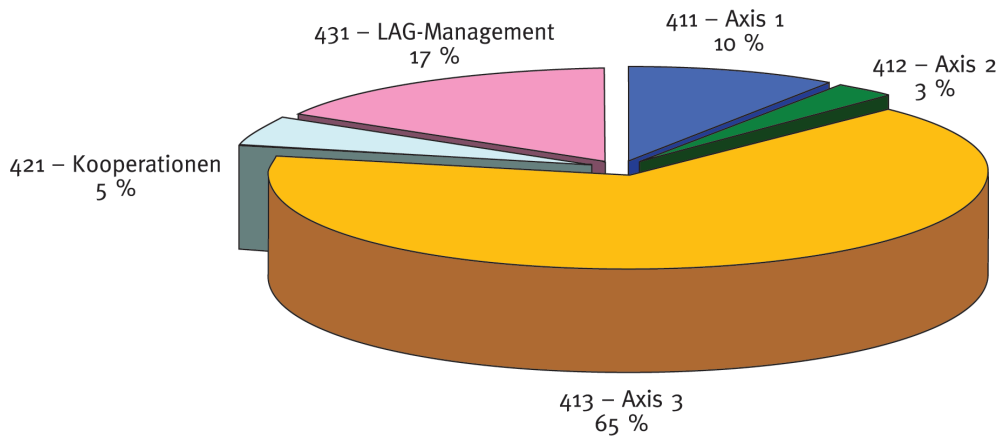
Schwerpunkt 2

- Hauptmaßnahmen:
- 214 Agrarumweltmaßnahmen – 19,1 Mia. EUR
 - 211 und 212 Benachteiligte Gebiete – 13,1 Mia. EUR
 - 221 Erstaufforstung lw. Flächen – 2,4 Mia. EUR
 - Diese 4 Maßnahmen absorbieren 89 % der für den Schwerpunkt 2 programmierten ELER-Mittel.

Schwerpunkt 3

- Hauptmaßnahmen:
- 322 Dorferneuerung und -entwicklung – 3,3 Mia. EUR
 - 321 Grundversorgung – 2,4 Mia. EUR
 - 312 Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen – 2,1 Mia. EUR
 - Diese 3 Maßnahmen absorbieren 66 % der für den Schwerpunkt 3 programmierten ELER-Mittel.
 - Sie werden vielfach als integrierte Maßnahmen oder im Rahmen von integrierten Entwicklungskonzepten umgesetzt.

Schwerpunkt 4



7. NEUE (UND ALTE) HERAUSFORDERUNGEN (1)

Thema	Analyse	Strategie
Risikomanagement	1,9	2,1

Maßnahmen	Bewertung
126 Vorbeugende Aktionen gegen Naturkatastrophen	2,5
126 Wiederherstellung des Produktionspotenzials nach Naturkatastrophen	2,4
226 Vorbeugende Aktionen gegen Naturkatastrophen im Forst	1,8
226 Wiederherstellung des Produktionspotenzials nach Naturkatastrophen (Forst)	1,9
Andere Maßnahmen	2,7

Skala: von 1 (hoch repräsentiert)
bis 3 (nicht im Programm enthalten)

7. NEUE (UND ALTE) HERAUSFORDERUNGEN (2)

Thema	Analyse	Strategie
Klimawandel Abschwächung	1,7	1,8

Maßnahmen	Bewertung
121 Investitionen in Düngelager und Düngerausbringung	2,0
121 Investitionen in neue und energieeffizientere Gebäude/Ausstattung	2,0
214 Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz der Düngung (Reduktion, andere Verfahren)	1,5
214 Maßnahmen zum Erhalt des Bodens und der Wiederherstellung der organischen Substanz	2,1
214 Umwandlung von Ackerland in Grünland	2,4
214 Verringerung des Tierbestandes	2,1
214 Stilllegung	2,4
111, 114, 115 Weiterbildung und Beratungssysteme mit Angeboten zum Klimawandel und zur Emissionsproblematik	2,2
225 Kohlenstoffsenken im Forst (z. B. dauerhafte Bodenbedeckung)	2,6

7. NEUE (UND ALTE) HERAUSFORDERUNGEN (3)

Thema	Analyse	Strategie
Klimawandel Anpassung	1,8	2,0

Maßnahmen	Bewertung
214, 225, 227 Erhalt von genetischen Ressourcen (Land- und Forstwirtschaft)	1,7
214, 216 Pflanzen von Hecken	2,1
225, 227 Umwandlung von Forstbeständen in widerstandsfähige Typen	2,1
Sonstige Maßnahmen	2,3

7. NEUE (UND ALTE) HERAUSFORDERUNGEN (4)

Thema	Analyse	Strategie
Erneuerbare Energien	1,7	1,9

Maßnahmen	Bewertung
121 Investitionen in Biogas	2,2
123 Verarbeitung von Biotreibstoffen	2,4
121 Anbau von mehrjährigen Pflanzen	2,6
311, 312, 321 Investitionen zur lokalen Bereitstellung von Energie aus erneuerbaren Quellen	1,9
Andere Maßnahmen	2,2

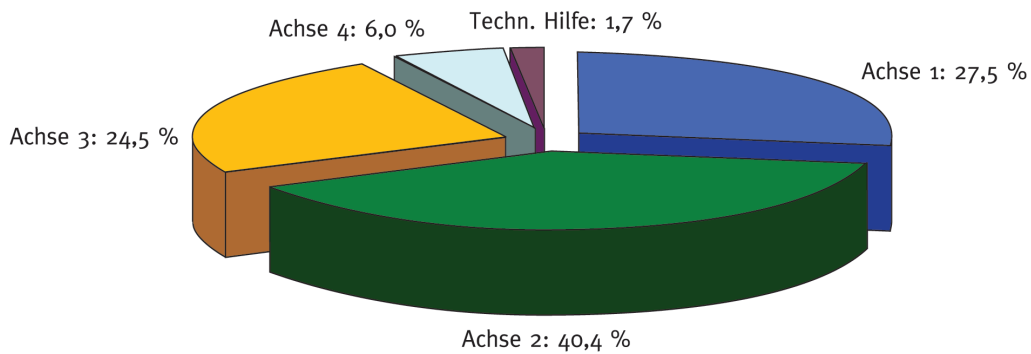
7. NEUE (UND ALTE) HERAUSFORDERUNGEN (5)

Thema	Analyse	Strategie
Wassermanagement	1,7	1,7

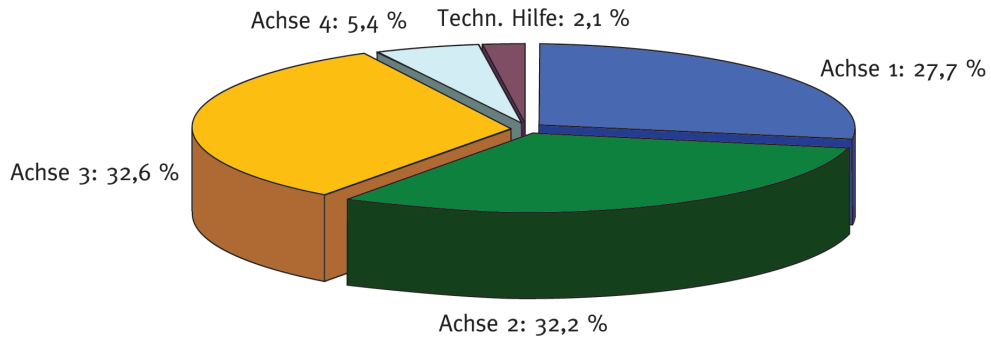
Maßnahmen	Bewertung
121, 125 Bekämpfung von Wassermangel	2,0
214 Erhalt und Wiederherstellung von Feuchtgebieten	2,1
221, 222 Umwandlung von landwirtschaftlichem Land in Forstflächen	2,1
323 Entwicklung von naturnahen Wasserkörpern	2,6
214 Anwendung wassersparender Produktionstechnologien	2,1
111, 114, 115 Weiterbildung und Beratung zum effizienten Wassereinsatz	2,2

8. FINANZIELLE ASPEKTE DER DEUTSCHEN REGIONALPROGRAMME

Alle Programme: Anteil der Achsen



Neue Länder: Anteil der Achsen



Größte Maßnahmen

Code, Maßnahme	Anteil in alten BL [%]	Anteil in neuen BL [%]	Bandbreite der Anteile [%]
214 Agrarumweltmaßnahmen	30,6	20,5	18,2 – 50,7
211 und 212 Benachteiligte Gebiete	14,7	6,4	0,0 – 23,3
121 Modernisierung lw. Betriebe	9,9	10,6	5,1 – 19,5
125 Infrastruktur im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft	9,3	8,4	0,4 – 21,5
323 Erhalt und Verbesserung des ländlichen Erbes	6,0	8,5	0,3 – 14,6
322 Dorferneuerung und -entwicklung	5,2	10,2	0,0 – 20,6
321 Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung	1,1	8,0	0,0 – 13,2

9. SPEZIFIKA SACHSEN-ANHALTS

- Gut ausgewogene Finanzausstattung der einzelnen Achsen (29 % - 28 % - 33,5 % - 5 % - 4 %)
- Einziges Land, das ein spezielles Finanzierungsinstrument einsetzt, einen Darlehensfonds mit zinsbegünstigten Konditionen, der die Investitionsbereitschaft fördern soll (Teil der Maßnahme „Investitionen in lw. Betriebe“; ca. 10 Mio. ELER-Mittel); dazu die Unterstützung für Schulen (6 % der ELER-Mittel) und den Hochwasserschutz (6 %).
- In Summe ein gutes und komplexes Programm; der angebotene Maßnahmenkatalog ist eine angemessene Reaktion auf die bestehenden Probleme.
- Wir bauen auf Sie, dass am Ende der Programmperiode eine positive Bilanz gezogen werden kann.

10. LÄNDLICHE ENTWICKLUNGSPOLITIK – WIE GEHT ES WEITER?

Inhaltliche Trends 1

Ein wettbewerbsfähiger, marktorientierter landwirtschaftlicher Sektor, einschließlich der Nahrungsmittelindustrie, ist wichtiger denn je.

Derzeit

- Etwa 34 % der Mittel werden im Schwerpunkt 1 eingesetzt
- Umstrukturierung und Modernisierung von landwirtschaftlichen Betrieben sind vor allem in den neuen Mitgliedstaaten von Bedeutung
- Innovation und Humankapital werden vor allem in den alten MS unterstützt

In Zukunft

- Noch stärkere Orientierung an Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen, Forschung und Innovation, vor dem Hintergrund der Abschaffung der Exporterstattungen und der erwarteten drastischen Reduzierung von Importzöllen
- Marktsegmentierung, Qualitätsprodukte von besonderem Charakter; Bildung und Fortbildung sowie die Anwendung neuer Technologien

Inhaltliche Trends 2

Landmanagement, Umwelt und neue Herausforderungen

Derzeit

- 40 - 50 % (teilweise bis zu 80 %) der Mittel werden in Schwerpunkt 2 eingesetzt
- In einigen alten Mitgliedstaaten: hohe Belastung mit Altverpflichtungen
- GLÖZ und Cross Compliance Standards sind verpflichtend; Einhaltung wird nicht gefördert

In Zukunft

- Stärkere Verbindung zu Umwelt und Nachhaltigkeit – Bessere Darstellung des Umweltnutzens

Alte und neue Herausforderungen:

- Klimawandel – Reduzierung der Emissionen
- Risiken und Probleme mildern: Wasser, Erosion, Artenvielfalt
- Intensives Forschen nach win-win-Situationen

Inhaltliche Trends 3

Multidisziplinär, sektorübergreifend und territorial?

Derzeit

- Mindestens 10 %, im Durchschnitt 18,8 % der ELER-Mittel sind im Schwerpunkt 3 „Diversifizierung und Lebensqualität im ländlichen Raum“ auszugeben
- Mindestens 5 %, im Durchschnitt 6 %, sind für bottom-up-Prozesse und integrierte lokale Entwicklungsstrategien auszugeben
- Synergien und Kohärenz mit anderen EU-Politiken

In Zukunft

- Ist das Achsenkonzept erfolgreich?
- Brauchen wir weiterhin vordefinierte Achsen und Maßnahmen?
- Wie können wir die Rolle von LAGs und Public-Private-Partnerships verbessern und ausbauen?
- Wie können wir die Integration der Gemeinschaftsinstrumente und -fonds verbessern?

11. ASPEKTE DER ZUKÜNFTIGEN POLITIKGESTALTUNG

Finanzielle Aspekte

Transfer von Mitteln der 1. zur 2. Säule der GAP?

Health Check:

Das Erhöhen der Modulation von 5 auf 13 % (+ 8 %) würde die Dotierung der Ländlichen Entwicklung um rund 2,0 Milliarden Euro jährlich erhöhen.

12. SCHLUSSFOLGERUNGEN

- Europäische Strategie der ländlichen Entwicklung zufriedenstellend in den Programmen umgesetzt unter Berücksichtigung nationaler und regionaler Besonderheiten; «klassische» Maßnahmen überwiegen.
- Zukünftige Legitimierung der Politik hängt an der Sichtbarkeit des tatsächlichen Beitrags zu wirtschaftlichem Wachstum und zu Beschäftigung sowie an einem spürbaren Beitrag zur Erreichung der Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele ab.
- Ein territorialer, innovativer und wettbewerbsfähiger Ansatz, das Erkennen von neuen Möglichkeiten für Einkommen und Beschäftigung, eine engere Verbindung und mehr Synergien zwischen Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion, Umwelt und ländlicher Wirtschaft im weiteren Sinne werden zunehmend wichtiger für die Zukunft der ländlichen Regionen.

Weitere Informationen zur Gemeinsamen Agrarpolitik und besonders zur Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums finden Sie hier:

http://europa.eu.int/comm/commission_barroso/fischer-boel/

http://europa.eu.int/comm/agriculture/rur/index_de.htm

DIE STEUERUNGSMITTEL DES BUNDES FÜR EINE ERFOLGREICHE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

WOLFGANG REIMER

Unterabteilungsleiter Strukturpolitik, Ländliche Entwicklung, Ökologischer Landbau im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

AUFGABEN DES BUNDES

Nationale Strategie

- Ausarbeitung durch Bund in Abstimmung mit Ländern

Gemeinschaftsaufgabe

„Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) bildet als nationale Rahmenregelung eine Klammer für zentrale Maßnahmen der regionalen Programme

- Bund-Länder-Abstimmung über inhaltliche Ausgestaltung

Nationales Netzwerk

Mitgliedstaaten sind nach der ELER-Verordnung verpflichtet, ein nationales Netzwerk zu bilden, das die Zusammenarbeit verschiedener Gebiete und Träger initiiert

Grundlage:

KOM will stärkere Lenkung durch

- a) dreistufige Programmplanung (strategische Leitlinien, nationale Strategie, regionale Programme)
- b) Vorgabe von Mindestbudgets für die Achsen (mind. 10 % der Mittel jeweils in den Achsen 1 und 3, mind. 25 % für Achse 2 und 5 % für die Leader Achse)
- c) Steuerung und Überprüfung des Mitteleinsatzes und der Maßnahmen über Monitoring und Evaluationen

1. NATIONALE STRATEGIE

- beschreibt die wirtschaftliche, strukturelle, ökologische und sozialökonomische Situation der Land- und Forstwirtschaft und der ländlichen Räume und deren Entwicklungspotenziale
- formuliert ein strategisches Gesamtkonzept
- beschreibt Prioritäten für jeden Schwerpunkt
- stellt die Kohärenz mit anderen Förderpolitiken dar
- gibt die Verteilung der EU-Mittel auf die Länderprogramme an

Unterschiedliche Situation der ländlichen Räume

in Ost und West,
Nord und Süd

führt zu unterschiedlichen Strategien und Ansätzen.

Dies führt wiederum zu unterschiedlicher Gewichtung in den Maßnahmen und in den Achsen.

Mittelverteilung auf die Bundesländer

Programm	Verfügbare EU-Mittel 2007 bis 2013	Davon mindestens in Konvergenzregionen einzusetzen
	Mio. € in laufenden Preisen	
Baden-Württemberg	611	
Bayern	1.254	
Brandenburg + Berlin	1.062	716
Hessen	218	
Mecklenburg-Vorpommern	882	632
Niedersachsen + Bremen	815	199
Nordrhein-Westfalen	292	
Rheinland-Pfalz	245	
Saarland	28	
Sachsen	927	590
Sachsen-Anhalt	817	585
Hamburg	25	
Schleswig-Holstein	238	
Thüringen	693	451
Nationale Vernetzungsstelle	3,4	(1,6) ¹⁾
SUMME Deutschland	8.112	3.174

1) Auch von den Konvergenzmitteln wird ein Abzug für die Nationale Vernetzungsstelle gemacht. Eine separate Verbuchung und Zuordnung dieses Betrages zu den Konvergenzregionen ist im Haushaltsvollzug nicht möglich.

Verteilung der ELER-Mittel¹⁾ auf die Schwerpunkte in den jeweiligen Programmen (in Prozent)²⁾

	Schwerpunkt 1	Schwerpunkt 2	Schwerpunkt 3	Schwerpunkt 4
BW	16 %	65 %	12 %	5 %
BY	22 %	62 %	11 %	5 %
BB + BE	35 %	31 %	27 %	5 %
HH	46 %	23 %	25 %	5 %
HE	28 %	53 %	9 %	10 %
MV	27 %	24 %	42 %	6 %
NI + HB	43 %	24 %	25 %	7 %
NW	27 %	54 %	15 %	5 %
RP	37 %	42 %	11 %	8 %
SL	17 %	36 %	31 %	15 %
SN	22 %	32 %	40 %	5 %
ST	30 %	27 %	34 %	5 %
SH	31 %	29 %	26 %	13 %
TH	27 %	43 %	23 %	5 %

1) Hier wird die Verteilung der ELER-Mittel erfasst. Die Verteilung für die öffentlichen Ausgaben insgesamt kann davon abweichen.

2) Die gemäß Leader durchgeführten Maßnahmen werden nur unter Schwerpunkt 4 aufgeführt (keine Zurechnung dieser Ausgaben zu den Schwerpunkten 1 bis 3). Die technische Hilfe bleibt bei dieser Aufstellung unberücksichtigt.

2. GEMEINSCHAFTSAUFGABE „VERBESSERUNG DER AGRARSTRUKTUR UND DES KÜSTENSCHUTZES“ (GAK)

- Fortführung der GAK nach kontroversen Diskussionen im Rahmen der Föderalismusreform
- Auftrag des Grundgesetzes (Art. 91 a):
 - Mitwirkung des Bundes an Aufgaben der Länder
 - die für die Gesamtheit von Bedeutung sind
 - soweit zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich

GAK-Gesetz

- Festlegung der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes – deshalb nicht deckungsgleich mit ELER
- zusätzliche GAK-Maßnahmen im Forstbereich und beim Küstenschutz
- begrenzte Möglichkeiten für sektorübergreifende Förderung in den Bereichen
 - Umwelt- und Naturschutz (z. B. FFH-Ausgleich)
 - wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen ohne Agrarbezug

GAK-Förderschwerpunkte

1. Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen:

einzelbetriebliche (Investitions-)Förderung, Verarbeitung und Vermarktung

2. Forstwirtschaftliche Maßnahmen: Infrastruktur, Erstaufforstung, naturnahe Waldbewirtschaftung, Zusammenschlüsse

3. Küstenschutz

4. Nachhaltige Landbewirtschaftung: Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, Agrarumweltmaßnahmen

5. Verbesserung der ländlichen Strukturen: Integrierte ländliche Entwicklung, wasserwirt. Maßnahmen

GAK als Nationale Rahmenregelung nach ELER-Verordnung

GAK-Maßnahmen werden als gemeinsame Bestandteile der Länderprogramme übergreifend durch Europäische Kommission geprüft und genehmigt

- einheitliche Umsetzung von zentralen ELER-Fördermaßnahmen
- Entlastung der Länderprogramme und damit des Prüf- und Genehmigungsverfahrens
- Konzentration und Koordinierung des Einsatzes von EU-, Bundes- und Landesmitteln

3. NATIONALES NETZWERK

- In der neuen Förderperiode 2007 - 2013 sind die Mitgliedstaaten gem. Art. 68 der ELER-Verordnung verpflichtet, ein nationales Netz für den ländlichen Raum zu errichten.
- In Deutschland bietet die Deutsche Vernetzungsstelle für Leader (DVS) bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) seit Mitte 1997 die Grundlage für den Austausch von Entwicklungsansätzen, Projektideen, Erfahrungen und Know-how zwischen den Leader-Akteuren.
- Die Deutsche Vernetzungsstelle wird zum Nationalen Netzwerk für den ländlichen Raum ausgebaut.
- Das nationale Netzwerk umfasst die Organisationen und Verwaltungen, die im Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums tätig sind.

Ziel des Nationalen Netzwerks für den ländlichen Raum in Deutschland (NLR) ist es

- Erkenntnisse, die bei der Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen und Projekten zur ländlichen Entwicklung gewonnen werden, zu sammeln, aufzubereiten und zu verbreiten.
- bewährte Praktiken im Bereich der ländlichen Entwicklung einem breiteren Kreis von Akteuren zugänglich zu machen und damit deren Umsetzung zu unterstützen.
- Arbeitsgruppen, auch mit Unterstützung von Experten zur Erleichterung des Austauschs von Fachwissen zu errichten und zu betreuen sowie
- die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gebieten und Trägern der ländlichen Entwicklung zu initiieren und zu forcieren.

4. FINANZRÄHMEN

- 2000 - 2006 wurden 9.164 Mio. Euro an EU-Mitteln für die ländliche Entwicklung in Deutschland ausgegeben.
- 2007 - 2013 stehen 8.112 Mio. Euro an EU-Mitteln für die ländliche Entwicklung in Deutschland zur Verfügung.
- Zusammen mit der nationalen Kofinanzierung (Bund und Länder) stehen in der neuen Förderperiode ca. 17,5 Mrd. Euro zur Verfügung.

SCHWERPUNKTE DER ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS IN SACHSEN-ANHALT 2007 - 2013

DR. HERMANN ONKO AEIKENS

Staatssekretär für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt

GEWICHTUNG DER SCHWERPUNKTE

* gemäß Nationalem Strategieplan

	Schwerpunkt	Soll lt. VO	Ist für DE*	Ist für ST
1	Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	mind. 10 %	15 – 50 %	29 %
2	Umwelt und Landschaft	mind. 25 %	25 – 65 %	28 %
3	Lebensqualität und Diversifizierung	mind. 10 %	10 – 44 %	34 %
4	Leader	mind. 5 %	5 – 15 %	5 %
5	Technische Hilfe	max. 4 %	> 1 – 4 %	4 %
	GESAMT	100 %		100 %

SCHWERPUNKT 1: VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

- Hochwasserschutzmaßnahmen
- Maßnahmen, die unmittelbar die Land- und Forstwirtschaft betreffen bzw. sich an die Land- und Forstwirte richten
 - Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen
 - Inanspruchnahme von Beratungsdiensten
 - Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe
- Maßnahmen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher Produkte
 - Erhöhung der Wertschöpfung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse
 - Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien
- Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Anpassung der Land- und Forstwirtschaft
 - Flurbereinigung
 - Ländlicher Wegebau
 - Verbesserung und Ausbau der forstwirtschaftlichen Infrastruktur

SCHWERPUNKT 2: VERBESSERUNG DER UMWELT UND DER LANDSCHAFT

- nachhaltige Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen
 - Agrarumweltverpflichtungen
 - Natura 2000-Ausgleich in der Landwirtschaft
 - Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete
- nachhaltige Bewirtschaftung forstwirtschaftlicher Flächen
 - Erstaufforstung landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Flächen
 - naturnahe Waldbewirtschaftung (nichtproduktive Investitionen)
 - Natura 2000-Ausgleich im Wald
 - freiwillige Waldumweltmaßnahmen

SCHWERPUNKT 3: LEBENSQUALITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM/DIVERSIFIZIERUNG DER LÄNDLICHEN WIRTSCHAFT

- Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung
 - Investitionen in kleinere Schulen und Kindertageseinrichtungen
 - Kleininfrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Abwasser und Trinkwasser
- Maßnahmen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft
 - Diversifizierung hin zu nicht landwirtschaftlichen Tätigkeiten
 - Unterstützung der Gründung und Entwicklung von Kleinstunternehmen
- Dorferneuerung und Dorfentwicklung
- Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes
 - Maßnahmen für das Schutzgebietssystem Natura 2000 sowie für sonstige Gebiete mit hohem Naturwert
 - naturnahe Gewässerentwicklung
 - Erhaltung der Kulturlandschaft des Steillagenweinbaus im Weinbaugebiet Sachsen-Anhalt
 - Aktionen zur Sensibilisierung für den Umweltschutz
- Kompetenzentwicklung, Förderveranstaltungen und Durchführung

SCHWERPUNKT 4: LEADER

- Maßnahmen des Schwerpunktes 1: z. B. - Flurbereinigung
 - ländlicher Wegebau
- Maßnahmen des Schwerpunktes 3: z. B. - Dorferneuerung
 - Fremdenverkehr
- Gemeinkosten der lokalen Aktionsgruppen

FORSCHUNG FÜR EINE NACHHALTIGE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

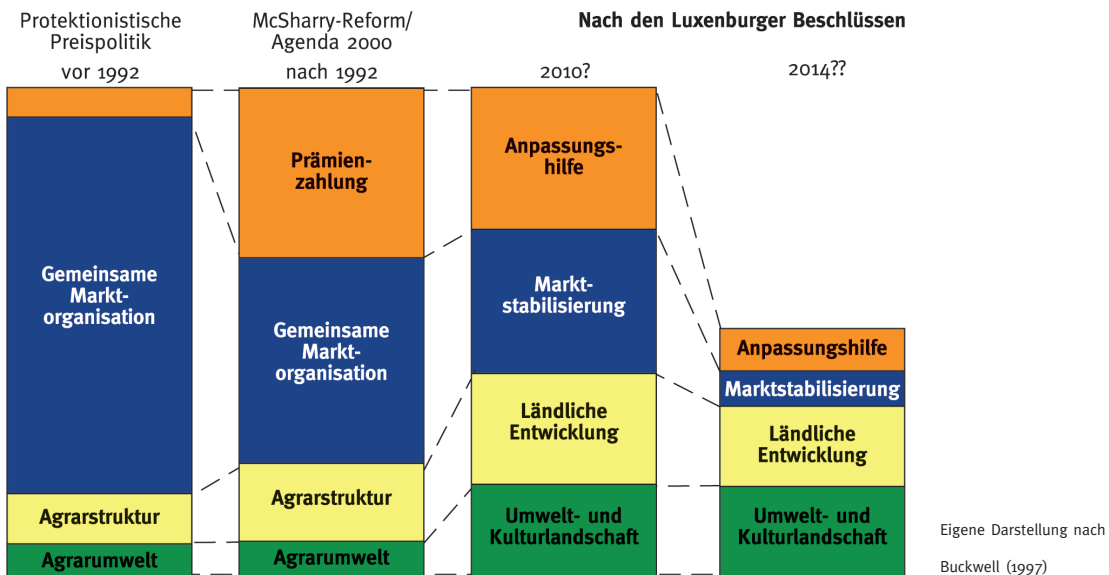
PROF. DR. DR. H. C. DIETER KIRSCHKE UND DR. ASTRID HÄGER

Humboldt-Universität zu Berlin

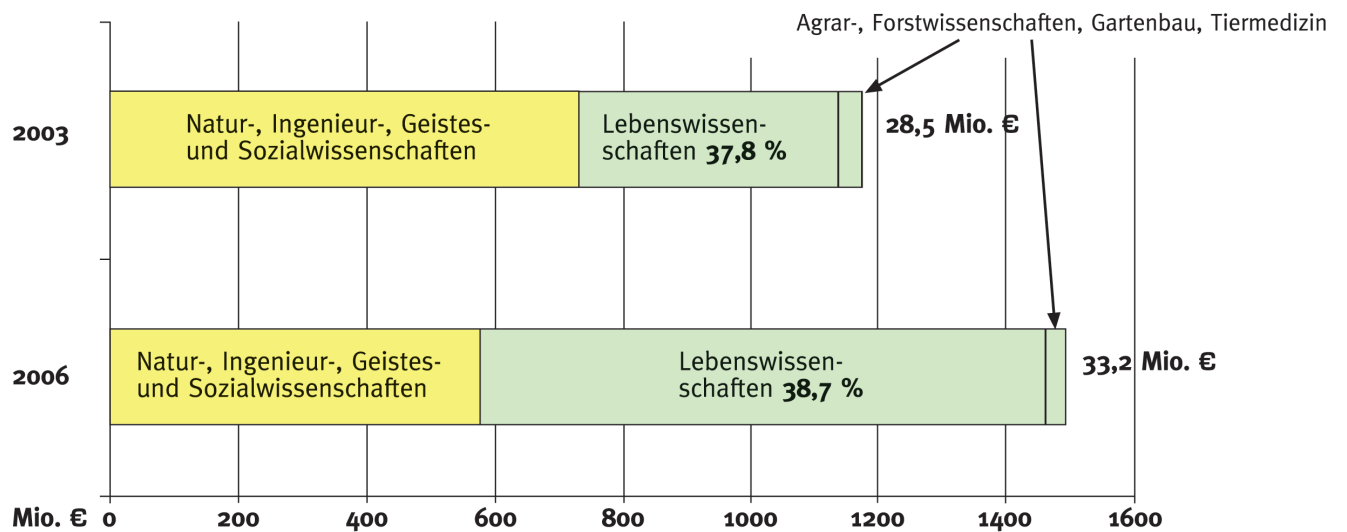
Gliederung:

- Vorbemerkungen: Agrarforschung und Forschung für den ländlichen Raum
- Grundsatzfragen: Politik für den ländlichen Raum
- Forschungsthemen: Entwicklung ländlicher Räume
- Entscheidungsunterstützung: Politikgestaltung für den ländlichen Raum
- Perspektive: GAP-Gesundheitscheck und 2. Säule

ENTWICKLUNG DER EU-AGRARPOLITIK



DFG-BEWILLIGUNGEN NACH WISSENSCHAFTSBEREICHEN



Eigene Abbildung nach DFG (2006), S. 31 u. 43

GRUNDSATZFRAGEN: POLITIK FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

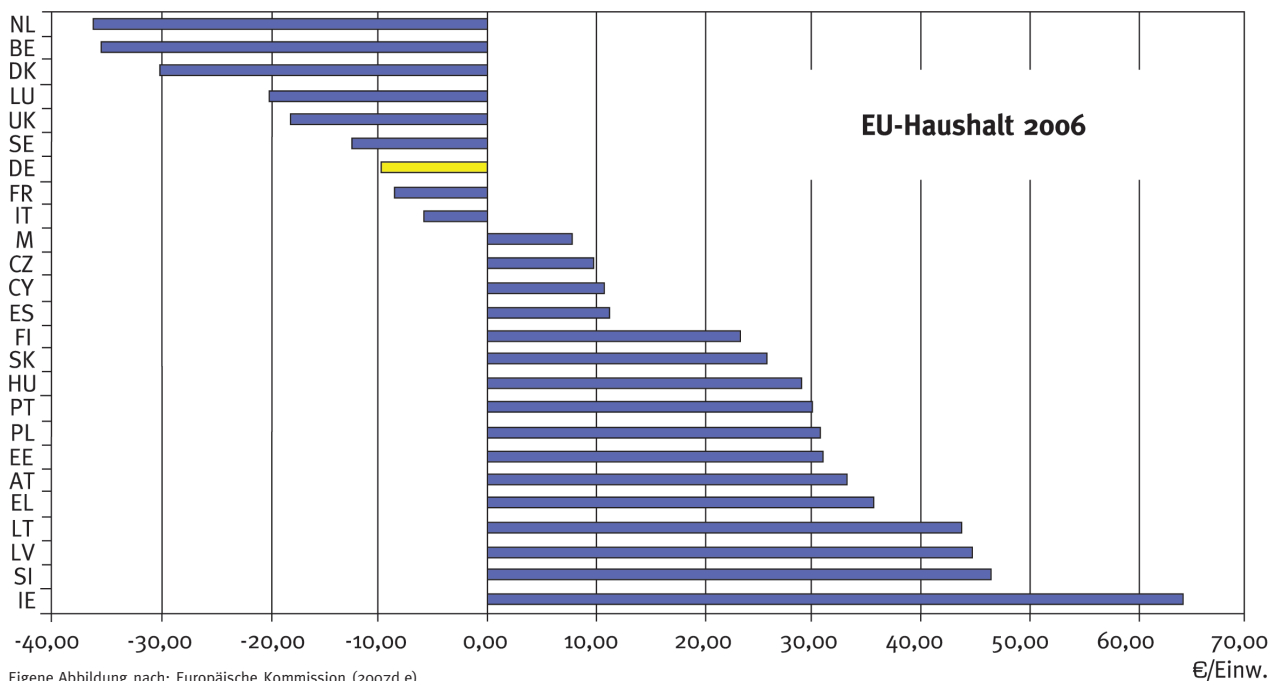
- Neues Paradigma: Region statt Sektor
- Mehrebenenproblematik und Subsidiaritätsprinzip
- Politikgestaltung in komplexen Systemen

DAS NEUE PARADIGMA DER OECD FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

	Altes Konzept	Neues Konzept
Zielsetzungen	Ausgleich Agrareinkommen Agrarwettbewerbsfähigkeit	Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Räume Valorisierung lokaler Aktiva Ausschöpfung ungenutzter Ressourcen
Wichtigster Zielsektor	Landwirtschaft	Verschiedene Sektoren ländlicher Wirtschaft
Wichtigste Instrumente	Subventionen	Investitionen
Wichtigste Akteure	Nationale Regierungen Landwirte	Alle Regierungsebenen (supra-national, national, regional und lokal) Verschiedene lokale Stakeholder (öffentlich, privat, NRO)

OECD (2006), S. 15

SALDO DER AUS- UND EINZAHLUNGEN IN DER 2. SÄULE IN €/EINW.



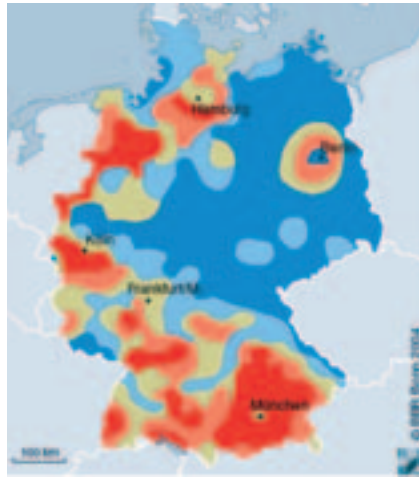
FORSCHUNGSTHEMEN: ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME

- Demographische Entwicklung
- Klimawandel und erneuerbare Energien
- Regionale Entwicklungspotenziale und Globalisierung

TREND DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

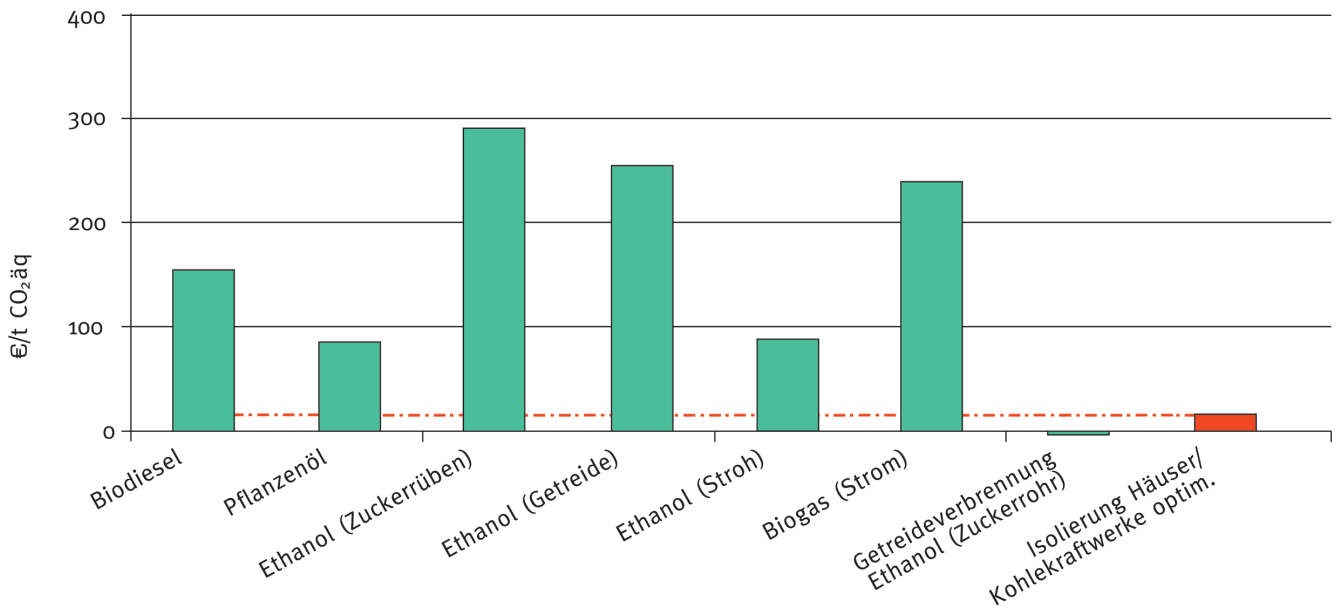
bis 2020

bis 2050



BBR (2005), S. 32-33

CO₂-VERMEIDUNGSKOSTEN VON BIOENERGIELINIEN

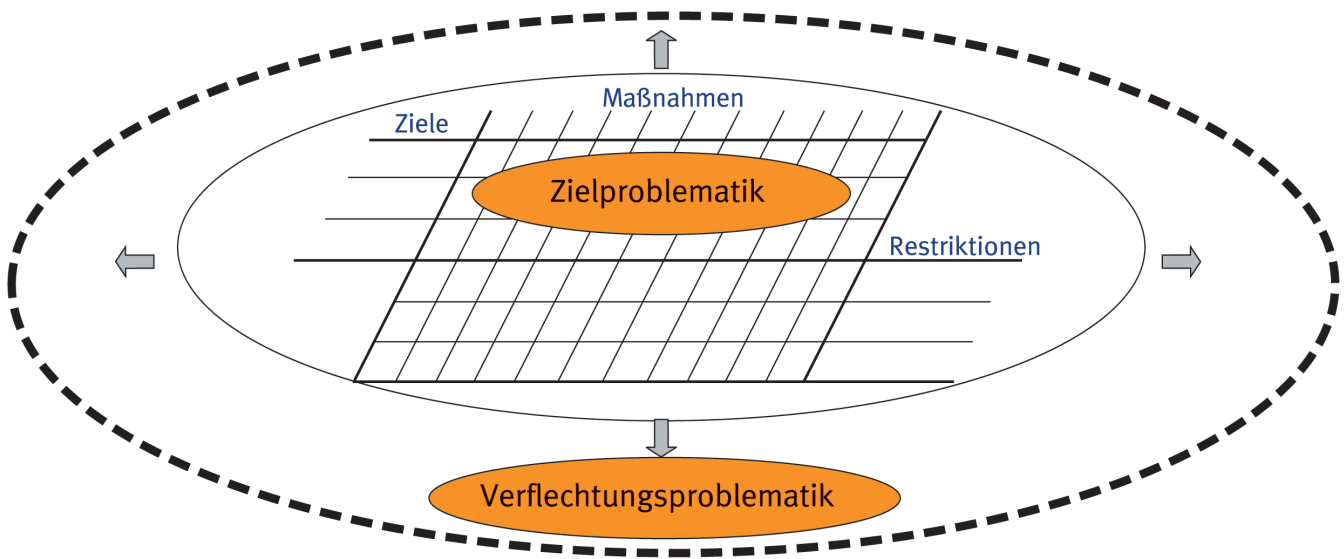


ENTSCHEIDUNGSUNTERSTÜTZUNG: POLITIKGESTALTUNG FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM



- Wissenschaftliche Methoden
(Mehrkriterielle Entscheidungsverfahren, Entscheidung bei Unsicherheit, ...)
- Evaluierungsforschung
- Programm- und Strategieentwicklung
- Begleit- und Partizipationsforschung

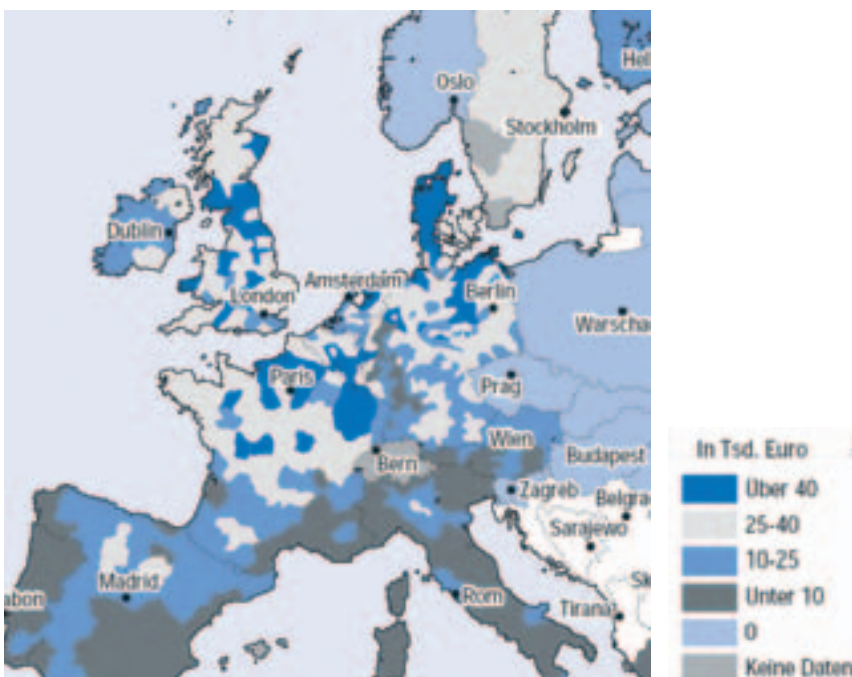
INTERAKTIVER PROGRAMMIERUNGSANSATZ ZUR PROGRAMM- UND STRATEGIEPLANUNG



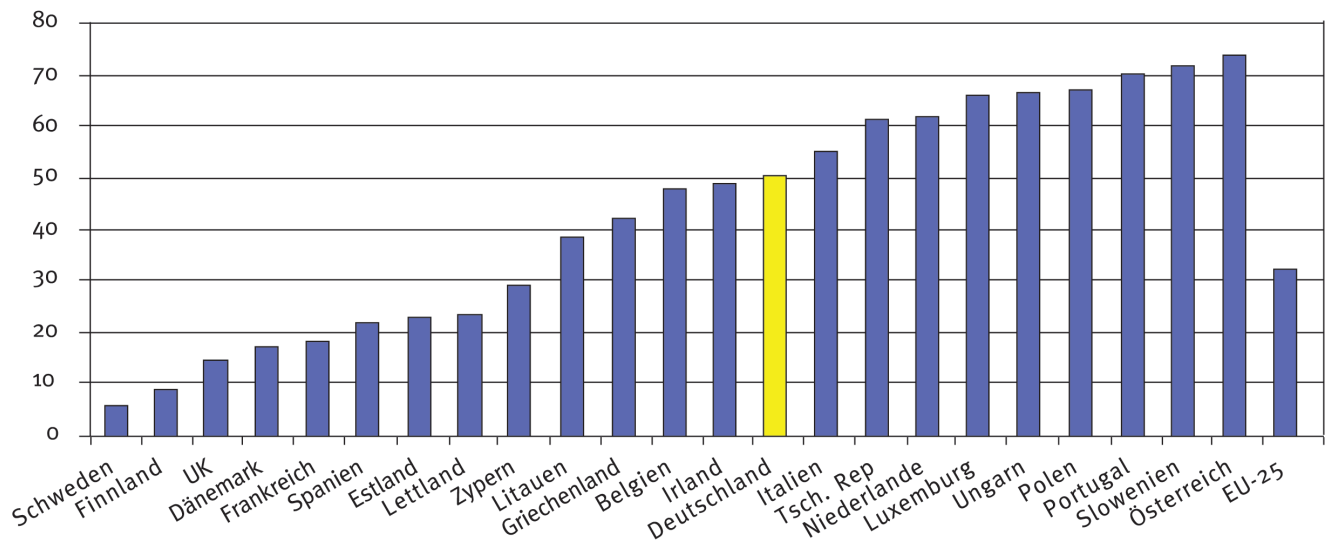
PERSPEKTIVEN: GAP-GESUNDHEITSCHECK UND 2. SÄULE

- Teilweise gekoppelte Beihilfen
- (• Obergrenzen für Direktzahlungen)
- Aufhebung von Flächenstilllegungen
- Auslaufen der Milchquotenregelung
- Marktstabilisierung und Risikomanagement
- Verringerung von Treibhausgasemissionen
- Anpassung an den Klimawandel
- Biokraftstoffe

GESAMTBEIHILFEN AUS SÄULE 1 JE LANDWIRTSCHAFTLICHE ARBEITSEINHEIT



JÄHRLICHE ELER-MITTEL - €/HA FLÄCHE DER LÄNDLICHEN GEMEINDEN



Eigene Abbildung nach: Europäische Kommission (2005, 2006, 2007d)

Literatur:

- Buckwell, A. et al. (1997): Towards a Common Agricultural and Rural Policy for Europa. In: http://ec.europa.eu/agriculture/publi/buck_en/cover.htm (26.11.2007)
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Berichte, Bd. 21
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) (2006): Jahresbericht 2006. Bonn.
- In: <http://www.dfg.de/ranking/ranking2006/service/download.html> (30.10.2007)
- Europäische Kommission (2007a): Der EU-Haushalt 2006 Finanzbericht. Luxemburg, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. In: http://ec.europa.eu/budget/library/publications/fin_reports/allocrep_data_2006_de.pdf (30.10.2007)
- Europäische Kommission (2007b): Die Landwirtschaft in der Europäischen Union - Statistische und wirtschaftliche Informationen 2006. Tab. 2.0.1.1. In: http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/2006/table_en/index.htm (30.10.2007)
- Europäische Kommission (2007c): Vorbereitung auf den „GAP-Gesundheitscheck“. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. KOM(2007) 277. In: http://ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/index_de.htm (26.11.2007)
- Europäische Kommission (2007d): Die Landwirtschaft in der Europäischen Union - Statistische und wirtschaftliche Informationen 2006. Tab. 2.0.1.1; In: http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/2006/table_en/index.htm (30.10.2007)
- Europäische Kommission (2007e): Germany Cohesion policy 2007-13. In: http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/fiche_index_de.htm (30.10.2007)
- Europäische Kommission (2006): Entwicklung des ländlichen Raums: Kommission legt die jährliche Aufteilung der Mittel auf die Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2007 bis 2013 fest. Pressemitteilung, IP/06/1177
- Europäische Kommission (2005): Commission Staff working document. Update to Impact Assessment Report SEC(2004) 931, SEC (2005) 914
- Häger, A.; Kirschke, D. (2007): Politik für den ländlichen Raum 2007+. In: Raumforschung und Raumordnung, H.4, S. 275-287
- Heißenhuber, A. (2007): Bioenergie als Wertschöpfungschance für Landwirtschaft und die Entwicklung ländlicher Räume. In: Ländlicher Raum, H.5/6, S. 130-134
- Isermeyer, F. (2007): Turbulente Agrarmärkte unter dem Einfluss der Bioenergie – wie geht es weiter? Vortrag FAL, Institut für Betriebswirtschaft
- Kirschke, D.; Häger, A.; Jechlitschka, K.; Wegener, S. (2007): Distortions in a multi-level co-financing system: the case of the agri-environmental programme of Saxony-Anhalt. In: Agrarwirtschaft, H. 7, S. 297-305
- Kirschke, D.; Häger, A.; Jechlitschka, K.; Wegener, S.; Daenecke, E.; Kästner, K. (2004): Entscheidungsunterstützung bei der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen: Ein interaktiver, PC-gestützter Programmierungsansatz für Sachsen-Anhalt. In: Berichte über Landwirtschaft, H.4
- OECD (2007): OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume Deutschland. OECD Publishing Paris
- OECD (2006): Das neue Paradigma für den ländlichen Raum. OECD Publishing Paris
- Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik (2006): Weiterentwicklung der Politik für ländliche Räume. Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim BMELV. In: <http://bmelv.de> (26.11.2007)
- Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik (2005): Stellungnahme zum Vorschlag für die ELER-Verordnung KOM(2004)490. In: <http://www.bmelv.de>
- Wissenschaftsrat (2006): Empfehlungen zur Entwicklung der Agrarwissenschaften in Deutschland im Kontext benachbarter Fächer. Dresden. In: <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7618-06.pdf> (30.10.2007)

DIE LANDWIRTSCHAFT UND IHRE ENTWICKLUNGSPOTENZIALE FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Die Zukunft des ländlichen Raums in Sachsen-Anhalt

CARL-ALBRECHT BARTMER

Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Ministerin Wernicke,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr für die Einladung, der ich als eines Ihrer Landeskinder sehr gern nachgekommen bin. Im Wettbewerb um die „Nutzungsrechte“ im ländlichen Raum freue ich mich, eine Lanze für die Landwirtschaft zu brechen. Als Landwirt in Löbnitz zähle ich zu den Bewohnern und Unternehmern im ländlichen Raum, genauso wie 350.000 meiner Berufskollegen in Deutschland. Wir sind als Landwirte einer der ältesten Nutzer des ländlichen Raums überhaupt, wir betreiben ein Gewerbe, in dem wir Felder, Wiesen und Wälder nutzen, Ackerfrüchte anbauen, Haustiere halten und so unseren Beitrag leisten, gesellschaftliche Grundbedürfnisse des täglichen Lebens zu befriedigen.

Das gewachsene Aussehen des ländlichen Raums ist das Spiegelbild dieser historischen Nutzung. Dörfer, die Umgebung von Magdeburg ist da keine Ausnahme, haben über die Jahrhunderte ihren Charakter verändert. In das reine Bauerndorf folgten durch die Errungenschaften der Arbeitsteilung Stellmacher, Böttcher, Schmiede, Händler, Müller, Bäcker, Fleischer. Gerade im 19. Jahrhundert – und hier war das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt ein bedeutender Vorreiter – folgten die ersten Verarbeitungsbetriebe (Zuckerfabriken, Mühlen, Stärkefabriken etc.). Gerade die landwirtschaftlichen Unternehmer in diesen beeindruckenden Gründerjahren waren Träger einer weit über die landwirtschaftliche Urproduktion und deren Verarbeitung hinausweisenden industriellen Revolution.

Fundamental wurden die Veränderungen allerdings erst in den letzten 50 Jahren in einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, in der sich das historische Bauerndorf zum bevorzugten Wohnort entwickelt hat, während die Arbeitsplätze mehr und mehr in die benachbarten Städte wanderten. Eine Entwicklung übrigens, die in der ehemaligen DDR anders als in den alten Ländern ablief, aber seit 1991 in genau die gleiche Richtung weist, auch wenn zahlreiche Regionen mehr Abzug als Zuzug zu verzeichnen haben.

Auch die Landwirtschaft im Dorf hat sich verändert. Viele Höfe sind heute nur noch an den für Wohn- und Gewerbezwecke umgenutzten Wirtschaftsgebäuden erkennbar. Landwirtschaft im Haupterwerb wird in den meisten Dörfern von wenig mehr als einem Bauern betrieben, einem Landwirt, der auf größeren Feldern, mit immer weniger Arbeitskräften, dafür modernen großen Maschinen den Boden bearbeitet, leistungsfähige Sorten bestellt, die aufwachsenden Kulturen düngt und mit Pflanzenschutzmitteln behandelt, um sie dann mit riesigen Erntemaschinen rechtzeitig zu bergen.

Am Rande der Dörfer stehen große Stallanlagen, in denen Kühe, Schweine und Geflügel, automatisch und individualisiert über elektronische Erkennungsmarken gefüttert und in Zahlen und Haltungsformen gehalten werden.

Der wirtschaftende Landwirt versteht sich als Unternehmer – darin unterscheidet er sich nicht von solchen Gewerbetreibenden, die z. B. Schrauben oder Bremscheiben für Autos herstellen. Um erfolgreich zu sein, bemüht er sich, Kosten zu senken und gleichzeitig die (biologischen) Leistungen sowie die Qualität seiner Produkte weiter zu steigern.

Fachliches und betriebswirtschaftliches Können sowie Aufgeschlossenheit gegenüber dem technischen Fortschritt sind für ihn – wie für Generationen seiner Vorgänger – entscheidende Erfolgsparameter.

Zumindest scheint dieser Fortschritt der gesellschaftlichen Sehnsucht nach dörflicher Identität und „heiler Welt“ auch in der Landwirtschaft zu widersprechen.

Die Gesellschaft weist vielmehr der Landwirtschaft neben der Nahrungsmittelerzeugung ganz neue, so genannte multifunktionale Aufgaben zu, vom Erhalt einer ländlichen Kulturlandschaft, deren Gestalt sich an idealisierten historischen Vorbildern ausrichten möge, von Landschaften, die den Nutzen von Naturliebhabern, Freizeitsportlern und Spaziergängern maximieren und die landwirtschaftliche Nutzung bis zu umfangreicher Extensivierung und Ökologisierung der Produktion minimieren sollte.

Lassen Sie mich etwas zugespitzt formulieren: Die Landwirtschaft, die mehr als die Hälfte der deutschen Landesfläche nutzt, ein mehr oder weniger nötiges Übel für den ländlichen Raum?

Das wird schon ihrer aktuellen Rolle in der Volkswirtschaft nicht gerecht. Die Landwirtschaft mit der Ernährungswirtschaft zum Agribusiness vereint ist der entscheidende gesamtwirtschaftliche Leistungsträger im ländlichen Raum:

- Das Agribusiness trägt mit 15 % zum Produktionswert der Volkswirtschaft bei. (in Sachsen-Anhalt sogar 20 % und damit neben der Chemieindustrie die leistungsfähigste Branche)
- Mit über 4 Mio. Beschäftigten ist mehr als jeder 10. Arbeitsplatz (11,1 %) einer im Agribusiness.
- Die Landwirtschaft hat in den letzten 10 Jahren ihre Arbeitsproduktivität um 40 % gesteigert. Diese Wachstumsraten sind in der Volkswirtschaft unübertroffen.
- Ein Arbeitsplatz in der Landwirtschaft hat eine doppelt so hohe Kapitalintensität wie in der Industrie.

Landwirtschaft ist also keineswegs ein archaischer Sektor, eine „old economy“, sie hat durch ihre stark gestiegene Leistungsfähigkeit erst den Freiraum in den Portemonnaies der Konsumenten geschaffen, die noch vor wenigen Jahrzehnten 30 % ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben haben. Trotz aktueller Preissteigerungen verwenden sie heute nur noch knapp 12 % ihres Budgets.

Das ist der Status Quo. Wie sind tatsächlich die Entwicklungspotenziale von Landwirtschaft im ländlichen Raum?

Wir erleben bei Agrarprodukten – und bei Lebensmitteln, das war das Thema im nachrichtenarmen Sommerloch – eine dramatische Preisralley. Warum, weil prallgefüllte Interventionslager der Vergangenheit angehören und global trotz einer um 4 % besseren Ernte zum 3. Mal in Folge die Produktion nicht mit der Nachfrage schritthalten konnte. In den letzten 10 Jahren haben wir nur in 2 Jahren Angebotsüberhänge realisiert, so dass heute das USDA für den 30. Juni 2008 mit einem weltweiten Getreidevorrat rechnet, der nur noch 50 Tage reicht – das niedrigste Niveau der letzten 50 Jahre.

Wir reden über keine „Eintagsfliegen“. Es waren nämlich nicht Missernten, auch nicht Wirklichkeit gewordene Klimaänderungsszenarien, sondern eine weiter steigende Weltbevölkerung, die durch mehr Wohlstand Konsummuster ändert und insbesondere als intensiver Nachfrager nach Agrarprodukten auftritt. Ich denke an Länder wie Indien und China, die als „Rohstoffstaubsauger“ nicht nur bei Energierohstoffen

und Metallen, sondern auch bei Agrarprodukten als große Käufer auftreten. Ob ein neues Malthus'sches Szenario droht, wie Lester Brown befürchtet, das liegt an uns.

Landwirtschaft wirklich ein notwendiges Übel für den ländlichen Raum? Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wir brauchen eine neue Ernsthaftigkeit in der Diskussion:

Wir haben in den vergangenen 10 Jahren von der Substanz gelebt. Das konnten wir nur wegen komfortabler staatlicher Lagerhaltung, aber dort, wo gestern Überfluss war, sehen wir heute gähnende Leere. Gleichzeitig wird die Landwirtschaft unter Blickwinkel endlicher fossiler Energierohstoffe als alternativer und regenerativer Ressourcenlieferant identifiziert. Landwirtschaft kann einen – übrigens klimaneutralen – Beitrag für Mobilität sowie warme und beleuchtete Wohnzimmer leisten und Ressourcen für biogene Werkstoffe für Industrie und Bauwirtschaft zur Verfügung stellen.

Landwirtschaft ist nicht ein mehr oder weniger notwendiges Übel für den ländlichen Raum, Landwirtschaft ist ein essentieller Wirtschaftszweig für erfolgreiche Volkswirtschaften. Diese Erkenntnis ist historisch nicht neu, konnte allerdings wegen der umfänglichen technischen Fortschritte in den landwirtschaftlichen Unternehmen – die eben das oben bezeichnete Bild hervorgebracht haben – zeitweise ungestraft vergessen werden. Leere Vorratslager, steigende Agrar- und Lebensmittelpreise geben eine neue Botschaft: nur eine moderne, effiziente Landwirtschaft, die ihre Potenziale vollständig nutzt, kann Antworten auf die wesentlichen Zukunftsfragen der Gesellschaft geben:

- Wie kann die Versorgung einer schnell wachsenden Weltbevölkerung gesichert werden? Nach Schätzungen der FAO benötigen wir allein bis 2030 55 % mehr Nahrungsmittel als heute.
- Wo finden die am stärksten wachsenden Länder ein ausreichendes Angebot an Rohstoffen für den Aufbau ihrer dynamischen Volkswirtschaften?
- Wie sichern und erhöhen die Wachstumsländer den Lebensstandard, um ihre Entwicklung abzusichern?
- Wer beherrscht letztlich die Konflikte, die sich schon heute im Wettlauf um Ressourcen abzeichnen? Dabei dürfte die Hausse auf den Rohstoffmärkten noch die harmloseste Variante zukünftiger Verteilungskämpfe sein.

Nur eine moderne, innovative Landwirtschaft kann diese Herausforderungen beherrschen. Sie wirtschaftet im ländlichen Raum, der ihr die knappste aller Ressourcen überhaupt zur Verfügung stellt, die landwirtschaftliche Nutzfläche,

die in dieser Welt nur noch sehr eingeschränkt neu mobilisiert werden kann, die durch Degeneration, Klimawandel und Wassermangel, auch durch Besiedelung vermutlich schneller verloren geht.

Gelingt es tatsächlich der Landwirtschaft, die Potenziale zur Produktion von Biomasse in ausreichendem Umfang zu heben. Ist der gesellschaftliche Rahmen, auch der politische Rahmen für die angemessene Nutzung des ländlichen Raums durch die Landwirtschaft in ausreichendem Umfang gegeben? Ich wage die These, dass wir an dieser Stelle noch im Vergangenen verhaftet sind, in einer Welt von Überschüssen, in der Landwirtschaft tatsächlich kritisch zu hinterfragen natürliche Ressourcen (negative externe Effekte der Agrarproduktion) unverhältnismäßig belastet hat bzw. den Welthandel (Exportsubventionen) gestört hat.

Heute sind die Opportunitätskosten einer nicht erzeugten Biomasse neu zu bewerten, mit den nicht erzeugten Agrarprodukten, die mit einem doppelt so hohen Preis zu bewerten sind.

Sie sind mit höheren Weltmarktpreisen zu bewerten, die gerade in den unterversorgten Entwicklungsländern dramatische Konsequenzen für die Haushaltseinkommen haben. Hier geht es nicht um 12 % Anteil am Budget einer Familie sondern um weit mehr als dessen Hälfte. Das ist ein durchaus moralisches Thema, das leider häufig bei der Verfolgung anderer gesellschaftlicher Ziele ausgeblendet wird.

These: wir nutzen unsere Potenziale nicht in ausreichendem Umfang

1.) Wir reden über ELER, wir reden über Förderinstrumente der 2. Säule für den ländlichen Raum. Diese Programme wenden europaweit über 2,3 Mrd. EUR auf, zusätzlich umfangreich kofinanziert durch nationale Haushalte, – wofür? Dafür, dass Landwirte im Rahmen von Extensivierungsprogrammen Erkenntnisse eines Justus von Liebig, eines Albrecht Thaer oder Gregor Mendel nicht nutzen, und somit den knappsten aller Faktoren, den Boden, nicht effizient nutzen. Wenn wir uns vorstellen, dass der Health Check und grundlegende Agrarreform für die Zeit nach 2013 auf eine Stärkung der 2. Säule und damit möglicherweise der Ausweitung dieser Programme hinweist, dann fördert diese Politik eben nicht die Erzeugung von Biomasse, sie behindert die Nutzung unserer Potenziale.

2.) Immer umfangreichere Ausweisung von FFH und Vogelschutzgebieten, die zzt. vorbereitete neue Wasserrahmenrichtlinie, die Pflanzenschutzrichtlinie, Planungen zu Bodenschutz bis hin zu kleinräumiger Umsetzung von Naturschutzgesetzen z. B. bei der Pflege und Erhaltung von Grabensystem – die Generationen unserer Vorfahren im Schweiß ihres Angesichts und unter erheblichem Konsumverzicht zugunsten der nachfolgenden Generationen aufgebaut haben, führen dazu, dass wir in immer größerem Umfang die Potenziale unserer Standorte nicht mehr nutzen können.


3.) Der Agrarsektor muss seine knappste Ressource, die Ackerfläche auch nutzen. Es war überfällig, die Flächenstilllegung abzuschaffen. Genauso sollten wir sorgsam mit Ackerflächen umgehen, ehe wir sie dauerhaft umnutzen. In Deutschland werden täglich über 100 ha Agrarfläche für Siedlungsbau, Gewerbegebiete und Straßen dauerhaft aus der Produktion genommen werden. Gleichzeitig suchen viele Städte händeringend nach Lösungen für wachsende Industriebrachen.

Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für die damit verbundene Versiegelung von Boden werden bevorzugt ebenfalls auf Agrarflächen platziert, auf denen dann statt Weizen Trockenrasen- oder Feuchtbiootope entstehen.

Auch wenn diese Ausgleichsflächen vergleichsweise einfach mobilisiert werden können, verläuft dieser Abwägungsprozess zur gesellschaftlich optimalen Flächennutzung unter neuen Rahmenbedingungen in die verkehrte Richtung und verlangt eine dringende Korrektur.

Um richtig verstanden zu werden, ich rede nicht neuen „Agrarschlachten“ das Wort. So wie der frühere Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern in seiner Studie die deutlich höheren Kosten zur Reparatur von Klimaänderungsfolgen im Vergleich zum Klimaschutz nachgewiesen hat, so ist auch anzunehmen, dass es weitaus teurer wird, Schäden an der natürlichen Lebensgrundlage zu reparieren, als sie vorher zu vermeiden.

Wir sollten allerdings kritisch hinterfragen, ob eine intensivere Landwirtschaft tatsächlich gleichzusetzen ist mit höheren Nährstoffbelastungen in Flüssen und Grundwasser, Pflanzenschutzmittelrückständen in Agrarprodukten, Bodenverdichtungen, eingeschränkter Biodiversität, etc..



Wir verfügen tatsächlich über ein vorzügliches Instrument, den Widerspruch dieser scheinbaren Antagonisten aufzulösen, unseren Verstand, unsere Fähigkeit, komplexe Sachverhalte wie den Organismus einer Pflanze im Medium Boden oder das Tier im Stall zu verstehen, unser Einfallsreichtum, ingenieurtechnische und biotechnische Meisterleistungen zu vollbringen.

Deshalb benötigt der ländliche Raum eine moderne, technologieoffene und unternehmerische Landwirtschaft, die gerade deshalb nach den Kriterien der Nachhaltigkeit wirtschaftet. Auch wenn wir den Trend zur Urbanisierung in der Welt vermutlich nicht stoppen können, kann dieser ländliche Raum gerade wegen seiner Landwirtschaft ein privilegierter und gesuchter Lebensraum für die Spezies Mensch bleiben.

NATUR- UND UMWELTSCHUTZ ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR IM LÄNDLICHEN RAUM

DR. KLAUS GEORGE

Geschäftsführer des Regionalverbandes Harz

NATUR- UND UMWELTSCHUTZ VON A WIE ABFALL ODER ADLER BIS Z WIE ZUG 2012* ODER ZWERGFLEDERMAUS?

* Gesetz über den nationalen Zuteilungsplan für Treibhausgas-Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2008-2012 v. 7. August 2007 (BGBl. I S. 1788)

ÜBERLEGUNG ZUM THEMA: DAS MIT DEM WIRTSCHAFTSFAKTOR KANN MAN JA SO ODER SO SEHEN!



Naturschutz als Auftraggeber für Wegebau und als Hoheitsverwaltung
NSG



Naturschutz

- garantiert auch den Erhalt interessanter Ausflugsgebiete,
- sorgt für Arbeitsgelegenheiten und macht damit das Leben im ländlichen Raum auch für die Schwächeren in der Gesellschaft lebenswert,
- leistet einen Beitrag zur Umweltbildung und
- fördert den Tourismus.



Ein Wirtschaftsfaktor im engeren Sinne kann der Naturschutz in Deutschland solange nicht sein, wie Bundeswald- und Bundesnaturschutzgesetz das freie Betreten der Landschaft zum Zwecke der Erholung im gesamten Land garantieren.

Das wird in vielen Ländern der Welt (Kroatien, Südafrika, USA ...) anders gesehen und sehr erfolgreich anders praktiziert. Dort sind National- und andere Parkkategorien echte Wirtschaftsfaktoren!

In Deutschland ist der Eintritt in National- und Naturparke frei!

Trotzdem können beispielsweise Naturparke zur erfolgreichen Entwicklung ländlicher Räume beitragen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht nachvollziehbar, eine betriebswirtschaftliche Betrachtung ist aus den genannten Gründen unzulässig. Die Parkverwaltungen bleiben auf öffentliche Zuschüsse angewiesen.

Naturparke sind Vorbildlandschaften. Erhalt von natürlicher Vielfalt und Erholungslandschaften, dauerhaft umweltgerechte Landnutzung und nachhaltiger Tourismus sind gesetzlicher Auftrag (§ 36 NatSchG LSA).

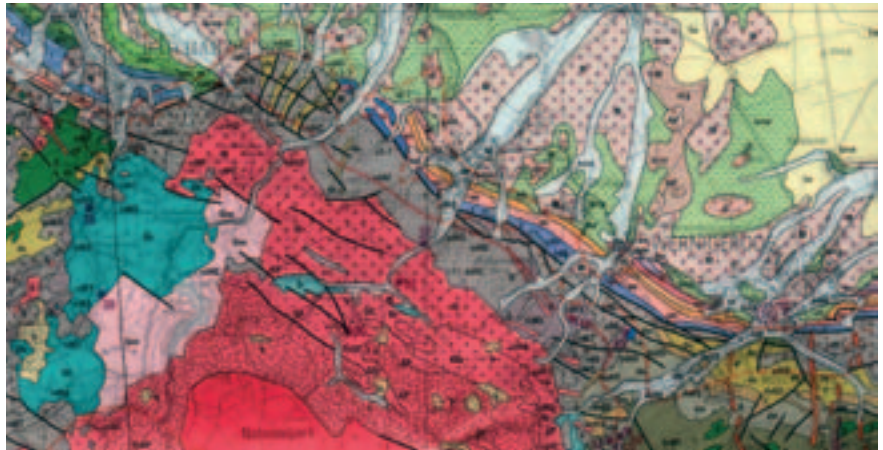
NATUR- UND GEOPARK HARZ:

Ein Beispiel für Zusammenarbeit von Naturschutz und Wirtschaft im ländlichen Raum



97 Naturparke in Deutschland sind 97 Regionen im Wettbewerb!

AUF DER SUCHE NACH EINEM ALLEINSTELLUNGSMERKMAL:



ZUSAMMENSCHLIESSEN – ANGEBOTE ENTWICKELN – WERBEN





MENSCHEN ERREICHEN!

- 130 Fördermitglieder
- 1,24 Mio. Faltblätter gedruckt
- 250.000 Zugriffe monatlich auf www.harzregion.de





WIR SIND DABEI



Alle Fotos dieses Referates © K. George



Parallel zum Konferenzgeschehen stellten sich Sachsen-Anhalts Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt Petra Wernicke und Herr Dr. Antonis Constantinou, Direktor für ländliche Entwicklung in der Europäischen Kommission, den Fragen der zahlreich erschienenen Pressevertreter zum Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (EPLR). „In den nächsten Tagen werden die ersten 30 Millionen Euro überwiesen“, kündigte Antonis Constantinou an. Petra Wernicke bezeichnete das Programm als umfassend. Ein Teil der Mittel für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 – beispielsweise für Hochwasserschutz und Dorferneuerung – seien bereits gebunden. Insgesamt sei das Antragsvolumen höher als die zur Verfügung stehenden Mittel. Bei der Auswahl der Projekte entscheide vor allem die Qualität des Vorhabens und ob es den in der Region gesetzten Vorhaben entspricht.



„Der ländliche Raum ist langfristig nur mit einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft stark und attraktiv“, betonte die Landwirtschafts- und Umweltministerin. Sie kritisierte in diesem Zusammenhang die Vorschläge der EU-Kommission zum so genannten Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik, wonach die EU-Direktzahlungen abhängig von der Betriebsgröße gekürzt werden sollen. „Betriebsgrößen und Strukturen müssen der Wettbewerbsfähigkeit dienen und dürfen kein Ausschlusskriterium sein“, so Wernicke.





In den Pausen nutzten die Konferenzteilnehmer die zahlreichen Informationsmöglichkeiten – das Angebot reichte von Broschüren und Flyern bis hin zu Filmvorführungen – und diskutierten ausgiebig und angeregt.

Die sehr große Resonanz auf die Fachveranstaltung und die ausdauernden, oft auch kontroversen Diskussionen während der Podiumsdiskussionen, der Pausen und während des sich anschließenden geselligen Beisammenseins zeigten das große Interesse der Teilnehmer an der Zukunft des ländlichen Raums.



IMPRESSUM

Veranstalter; Herausgeber des Tagungsbandes:
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt
des Landes Sachsen-Anhalt
Referat 18
Verwaltungsbehörde ELER, EFF
Koordinationsstelle MLU für EFRE, ESF
Olvenstedter Straße 4
39108 Magdeburg

Redaktion:
Investitionsbank Sachsen-Anhalt

Layout:
signum kommunikation + design, Halle (Saale)

Druck:
Starke & Sachse

Fotos:
Umschlag: Jens Wolf
Seiten 2/3 und Seiten 38/39: Werner Klapper
Seiten 33 bis 37: Dr. Klaus George

Für die Inhalte der einzelnen Referate, einschließlich der
Fotos und Grafiken, zeichnen die jeweiligen Referenten
verantwortlich.

Januar 2008



SACHSEN-ANHALT



Europäische Kommission

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung
des ländlichen Raums

HIER INVESTIERT EUROPA IN DIE LÄNDLICHEN GEBIETE